

Unsere Welt



«Women in Black» – Frauen in Schwarz: Israelische Mütter, die durch Krieg und Terror Angehörige verloren haben, setzen sich mit Mahnwachen für ein «Ende der brutalen Besetzung Palästinas» und für «Frieden und Gerechtigkeit» ein. Foto Hossam el-Hamalawy

Uri Avnery zu Annapolis

Die Hunde bellten nicht

Hat die Nahost-Konferenz von Annapolis etwas gebracht? Oder war sie ein reines Spektakel, das bereits morgen vergessen sein wird, wie schon Dutzende solcher Treffen in der Vergangenheit vergessen wurden? Der grosse alte Mann der israelischen Friedensbewegung, Uri Avnery, ist sich da nicht so sicher.

Von Uri Avnery

«Tumult und Geschrei ersterben zugleich/Hauptleute und Könige gehen dahin...» schrieb Rudyard Kipling in seinem unvergesslichen Gedicht: «Schlusshymne» aus «The Five Nations».

König George verschwand sogar bevor der Tumult erstarb. Sein Hub-schrauber trug ihn dem Horizont entgegen, so wie das treue Ross den Cowboy am Ende des Filmes in den Sonnenuntergang hinein trägt. Zu diesem Zeitpunkt liefen die Reden in der Versammlungshalle noch auf vollen Touren.

Dies symbolisiert das ganze Ereignis. Die Abschlussverlautbarung verkündete, dass die USA die Verhandlungen beaufsichtigen, dass sie als Schiedsrichter die Implementierung der Vereinbarungen beäugen und allgemein als Richter während des Gesamtprozesses fungieren werden. Alles hängt also von den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Wenn sie es wollen – wird viel geschehen. Wenn sie es nicht wollen, wird sich gar nichts tun.

Das lässt nichts Gutes ahnen. Es gibt keine Anzeichen, dass George Bush sich hier wirklich engagiert, um etwas zu erreichen – abgesehen von

netten Fotos. Es gibt Leute, die glauben, dass die ganze Show nur dafür veranstaltet wurde, damit sich die armselige Condoleezza Rice ein wenig besser fühlt, deren Bemühungen als Aussenministerin allesamt gescheitert sind.

Selbst wenn Bush gewollt hätte, hätte er denn etwas tun können? Ist er denn überhaupt in der Lage dazu, Druck auf Israel auszuüben – angesichts der starken Opposition von Seiten der Pro-Israel-Lobby und vor allem von Seiten der christlich-zionistischen Öffentlichkeit, zu der er selbst gehört?

Ein Freund erzählte mir, dass er während der Konferenz das vom Fernsehen übertragene Prozedere bei ausgeschaltetem Ton verfolgte, um die Körpersprache der Hauptakteure genau beobachten zu können. Auf diese Weise entdeckte er interessante Details: Bush und Olmert berührten sich viele Male – aber zwischen Bush und Mahmoud Abbas gab es fast keinen körperlichen Kontakt. Ausserdem war während all der gemeinsamen Treffen die Distanz zwischen Bush und Olmert kleiner als zwischen Bush und Abbas. Manchmal liefen Bush und Olmert voraus und Abbas hinterher.

Das ist die ganze Geschichte.

Sherlock Holmes sagte bei einem seiner Fälle, dass die Lösung mit «dem eigenartigen Vorfall mit den Hunden in der Nacht» zu tun haben müsse. Als er darauf hingewiesen wurde, dass die Hunde gar nichts getan hätten, antwortete er: «Genau dies ist der seltsame Vorfall.»

Jeder, der verstehen will, was in Annapolis geschehen (oder nicht geschehen) ist, wird die Lösung in der Tatsache finden, dass die Hunde nicht bellten. Die Siedler und ihre Freunde verhielten sich ruhig, gerieten nicht in Panik, regten sich nicht auf, verteilten keine Poster mit Olmert in SS-Uniform – so wie sie es nach Oslo mit Rabins Abbild getan hatten – alles in allem begnügten sie sich mit dem obligatorischen Gebet vor der Klage-mauer und einer ziemlich kleinen Demonstration in der Nähe der Wohnung des Ministerpräsidenten.

Das heisst, sie waren nicht beunruhigt. Sie wussten, dass nichts passieren wird, dass es kein Abkommen geben wird über die Auflösung auch nur eines armseligen Aussenpostens. Und auf die Vorhersage der Siedlerführer kann man sich verlassen. Wenn es nur die geringste Chance gegeben hätte, dass man mit dieser Konferenz Frieden erreicht hätte, dann hätten sie ihre Anhänger in Massen mobilisiert.

Die Hams-Bewegung andererseits hat Massendemonstrationen in Gaza und in der Westbank organisiert. Die Hamasführer waren tatsächlich sehr beunruhigt.

Fortsetzung Seite 2

Unsere Welt	30. Jahrgang
Schweizerische Friedensbewegung	Nr. 4 – 2007
Postfach 2113, 4001 Basel	Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–

Aus dem Inhalt

Wie sie uns die Bombe stahlen	3
Wahlen auf Kubanisch	4
Chavez-Gegner Lügen gestraft	5
Ruth Seiler-Schwab: Anders eingestellt	6
Clara Ragaz und das Zofinger Tagblatt	7
60 Jahre Weltfestspiele	7
Rio Spirgi: Augenzeuge des Wahnsinns	8

Europäisches Friedenstreffen in Lissabon

Militarisierung Europas

Vom 28. – 30. September 2007 fand in Lissabon ein Treffen europäischer Friedensbewegungen zum Thema «Den Frieden verteidigen – gegen Militarismus und Krieg» statt. Die Konferenz im Hotel «Zurique» war einberufen und organisiert worden vom Portugiesischen Friedensrat (CPCC), der Gruppe der linken Europa-Parlamentarier sowie vom Weltfriedensrat (WFR).

Von Matthias Goldschmidt

Der CPPC hatte eingeladen und 20 Organisationen der europäischen Friedensbewegung aus 14 Ländern waren gekommen: aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Georgien, Griechenland, Polen, Serbien, Spanien, Tschechien, Zypern sowie aus der Türkei und der Schweiz (SFB). Schmerzlich vermisst wurden jedoch die Friedensfreunde aus Italien, Österreich, Finnland und Schweden. Trotzdem: Mit insgesamt etwa 100 Teilnehmenden, darunter 35 ausländischen, war die Konferenz relativ gut besucht. Umso nachdenklicher muss die Tatsache stimmen, dass an die vorgesehene Abschluss-Pressekonferenz kein einziges Medium gekommen war und sie abgesagt werden musste. Ob dies an den gleichzeitig stattfindenden EU-Veranstaltungen in Lissabon gelegen hat oder an der medienpolitischen Schwäche der Organisatoren, sei dahingestellt. Immerhin erschienen am 4. Oktober dann mehrere ausführliche Artikel über das Treffen im portugiesischen «Avante».

Die teilnehmenden fünf Europa-Parlamentarier Athanasios Pafilis,

Generalsekretär des WFR, Pedro Guerreiro, EU-Abgeordneter der Kommunistischen Partei Portugals (PCP), Jaromir Kohlíček von der Tschechischen Friedensbewegung, Willy Meyer und Dr. Tobias Pflüger, prominentes Mitglied der deutschen Friedensbewegung, leisteten ihren Beitrag zur Analyse beunruhigender Tendenzen der EU-Aussen- und Militärpolitik. Eindrucksvoll war darüberhinaus auch die Präsenz verschiedenster Organisationen aus Portugal selber: mehrere Gewerkschaften und Berufsverbände, PCP, Frauen- und Jugendorganisationen, die Internationale Assoziation «Bürgermeister für Frieden» sowie mehrere Universitätsprofessoren von der Weltföderation der Wissenschaftler.

Das Treffen war als Gegenveranstaltung zum gleichzeitig stattfindenden Treffen der EU-Verteidigungsminister im nahegelegenen Évora anlässlich der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft gedacht. Und tatsächlich: Während aus Évora, als «informelles Treffen» deklariert, kriegerische, säbelrasselnde, markige Töne zu vernehmen waren – noch mehr

Fortsetzung Seite 2

Mein Eid

Heute, am 12.12.2007 ist Redaktionsschluss dieser Nummer und gleichzeitig Bundesratswahl. Es ist fünf nach Zwölf, in Bern und ebenfalls für dieses Kästchen!

Allerdings wurden bis jetzt erst 6 Bundesräte vereidigt und mein Text sollte eigentlich schon auf der Redaktion sein. Vor vier Jahren waren um diese Zeit alle 7 gewählt und vereidigt. Einer fehlt also immer noch. Weshalb nur, was hat dieser Eine falsch gemacht?

Vielleicht hat er das letzte Mal den Schwur vor dem Allmächtigen zu sehr auf sich bezogen? Vielleicht dachte er: «Dies ist mein Eid, ich erfülle die Pflichten meines Amtes gewissenhaft, und das ist kein Problem, denn ich habe ja kein Gewissen?»

Nun, niemand kann wissen was er gedacht hat, hingegen wissen wir was er getan hat. Vielleicht liegt es ja daran.

In der Zwischenzeit haben sich am Radio seine Untergebenen geäussert, zum Beispiel sein Propagandachef: «Wenn die jetzt Gewählte die Wahl annimmt, dann meuchelt sie unsere Partei und wir gehen in die Opposition», oder sein Kindermund-hat-Gold-im-Mund-Präsident: «Die Gedemütigten haben sich zusammengetan.» Oha lätz, eine Ballast-Revolution.

Von den anderen Fraktionen hört man, diese Partei sei schon immer in der Opposition gewesen, die Folge wäre lediglich eine Verschärfung ihrer Rhetorik. Irgendwie logisch nach einer solchen Retohrfeige.

13.30 Uhr, Redaktionsschluss ist längst vorbei. Die Wahl des 7. Bundesrates wird auf morgen 8.00 vertagt und diese Zeilen müssen jetzt raus.

Wie auch immer das morgen ausgehen wird, «Unsere Welt» wird wohl kaum die Unterstützung eines entlassenen Milliardärs erhalten. Deshalb liegt dieser Ausgabe ein Einzahlungsschein bei. Wir danken Ihnen herzlich und wünschen Allen ein friedliches neues Jahr (Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7).

Ruedi Moser
Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1

Nicht weil sie fürchteten, dass bei diesem Treffen Frieden erreicht werden könnte. Sie sorgten sich wegen einer ganz anderen Gefahr: dass es das einzige wirkliche Ziel der Konferenz sei, eine israelische Invasion in den Gazastreifen vorzubereiten.

Ami Ayalon, ein früherer Admiral, der einmal behauptete, ein Mann des Friedens zu sein und jetzt ein Labour-Mitglied im Regierungskabinett ist, erschien während der Konferenz im israelischen Fernsehen und sagte dort ganz offen: Er sei für die Konferenz; denn sie legitimiere diese Operation.

Der Gedankengang ist folgender: um seine Verpflichtung gemäss der Road Map zu erfüllen, muss «Abbas die terroristische Infrastruktur» in der Westbank und im Gazastreifen zerstören. «Terrorismus» bedeutet Hamas. Da Abbas nicht in der Lage ist, den Gazastreifen selbst zu erobern, wird es die israelische Armee für ihn tun.

Das mag zwar kostspielig werden. In den vergangenen paar Monaten wurden grosse Mengen Waffen aus Ägypten durch Tunnel unter der Grenze hindurch in den Gazastreifen geschleust. Viele Menschen auf beiden Seiten werden ihr Leben verlieren. «Aber was soll man tun? Es gibt doch keine Alternative.»

Hamas ist auf jeden Fall sehr beunruhigt – und das nicht ohne Grund.

Mehrheit nicht vertreten

Zurück zum Weissen Haus: Wenn sich die drei politischen Verantwortlichen bei ihren geheimen Beratungen darauf geeinigt haben sollten, dass die israelische Armee den Gazastreifen zurückerobern soll, so wäre das eine sehr schlechte Nachricht.

Es wäre besser gewesen, wenn man die Hamas mit in die Konferenz ein-

tätlich die Verwurzelung der Hamas in der palästinensischen Öffentlichkeit stärken.

Olmert sagte, zuerst müssten alle «terroristischen Strukturen» eliminiert werden und erst danach könnte es Fortschritte in Richtung Frieden geben.

Das zeigt, dass er keine Idee davon hat, was eine «terroristische Infrastruktur» ist. Um so bedauerlicher ist dies für eine Person, deren Vater (genau wie der Vater von Aussenministerin Zipi Livni) ein hochrangiges Mitglied bei den Irgun-«Terroristen» war. Es zeigt auch, dass es nicht der Frieden ist, der auf seiner Liste oben auf steht – weil dieses Statement eine tödliche Landmine auf dem Weg zu einem Abkommen darstellt. Er spannt gewissermassen den Wagen vor das Pferd.

Zum jetzigen Zeitpunkt – wo die Besatzung sich täglich verschlimmert und scheinbar alle Wege zu einem echten Frieden blockiert sind – müssen die palästinensischen Massen davon überzeugt sein, dass der Weg des bewaffneten Widerstandes der Hamas der einzige ist, der ihnen auch nur einen Hauch Hoffnung bietet. Wenn die Massen hingegen davon überzeugt werden könnten, dass der politische Weg von Abbas Früchte tragen und zu einem Ende der Besatzung führen könnte, dann wäre auch die Hamas dazu gezwungen, ihren Kurs zu ändern.

Unglücklicherweise hat die Annapolis Konferenz in keiner Weise dazu beigetragen, solche Hoffnungen zu bestärken. Die palästinensische Öffentlichkeit behandelte das Treffen genau wie die israelische, mit einer Mischung aus Misstrauen und Verachtung. Es sieht ganz nach einer inhaltslosen Show aus, die von einer

Aber im Leben der Nationen haben Worte durchaus ihren Wert.

Nahezu die gesamte Menschheit war bei dieser Konferenz vertreten. China. Indien. Russland. Europa. Nahezu alle arabischen Regierungen gaben ihre Unterstützung. Und in dieser Runde wurde feierlich beschlossen, dass Frieden zwischen Israel und einem unabhängigen und überlebensfähigen Staat Palästina hergestellt werden muss. Ja, es ist richtig, dass die Bedingungen dafür nicht ausgesprochen wurden, aber sie schwebten bereits gewissermassen über der Konferenz. Alle Teilnehmer wussten wie die Bedingungen lauten.

Die Repräsentanten des israelischen Mainstreams fügten sich diesem Konsens – zumindest pro forma. Vielleicht taten sie dies mit heuchlerischer Gesinnung, vielleicht nur als List, vielleicht als gezielte Täuschung. Aber wie unsere Weisen schon vor Urzeiten so schön formulierten: der, der die Tora nicht um ihrer selbst willen annimmt, wird sie eines Tages um ihrer selbst willen annehmen. Soll heissen: wenn jemand eine Idee aus rein taktischer Berechnung annimmt, wird er doch dazu gezwungen sein, sie zu verteidigen, und wird sich so schlussendlich selbst überzeugen. Ehud Olmert erklärte bereits auf seinem Rückweg: «Ohne die Zwei-Staaten-Lösung ist der israelische Staat erledigt.»

In Verbindung dazu, muss festgestellt werden, dass bereits ein Wettbewerb unter den Kabinettsmitgliedern im Gange ist, und das ist ein gutes Zeichen. Zipi Livni hat mehr als ein Dutzend Expertenkomitees einrichten lassen, von denen ein jedes sich mit einem bestimmten Aspekt des Friedens beschäftigt, von der Frage der Verteilung der Wasserressourcen bis



Fortsetzung von Seite 1

Geld für die Rüstung, ja explizite Aufrüstungsverpflichtung, schnellerer Aufbau der multinationalen Streitkräfte, umfassende Vernetzung von Militär, Polizei und Sicherheitsdiensten, Eingreiftruppen für Afrika und den Nahen Osten, weltweite militärische «Friedensmissionen», Abstimmung mit der Nato, «Entlastung» der USA – artikulierte das Friedenstreffen in Lissabon diametral entgegengesetzte Ziele:

- Gegen die Militarisierung der EU und damit in der Folge ganz Europas durch die Hintertür des neuen EU-Reformvertrages, der eine Verpflichtung der Mitgliedsländer zur forcierten Aufrüstung vorsieht.
- Volksabstimmungen in allen EU-Ländern über diesen neuen EU-Reformvertrag. Respektierung der Mehrheitsmeinungen.
- Gegen die Komplizenschaft zwischen der EU und der Nato. Keine Übernahme der aggressiven Nato-Strategie durch die Hintertür. Auflösung der Nato und aller Militärblöcke.
- Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte, nicht nur, aber vor allem in Europa. Besonders wichtig: Stützpunkte mit Nuklearwaffen. Dies betrifft in Europa insbesondere die US-amerikanischen Atomwaffenstützpunkte in Deutschland, Spanien, Belgien und Italien.
- Generelle nukleare Abrüstung und Beseitigung der Atomwaffen, auch der britischen und französischen. Diese dürfen nicht immer ausgeklammert bleiben, sondern stellen einen wichtigen europäischen Beitrag zur nuklearen Abrüstung dar. Das Totalverbot von Atomwaffen bleibt eines der höchsten Ziele der europäischen Friedensbewegung.
- Europa als Ganzes sollte einen weltweiten Abrüstungsdialog in Gang bringen und endlich aus der friedenspolitischen Passivität heraustreten, statt den verheerenden Weg verstärkter Rüstung einzuschlagen, wie es der EU-Reformvertrag vorsieht. Diese gigantischen Rüstungsausgaben entziehen sowohl Europa als auch der übrigen Welt dringend benötigte Mittel zur Lösung der Sozial- und Umweltprobleme. Einfrieren der Militärausgaben aller europäischen Länder als Sofortmassnahme.
- Europas Sicherheitspolitik darf nicht aggressiv-militaristisch sein. In dem Europa (alle europäischen Staaten) eine vorbildliche defensive Abrüstungs- und Friedenspolitik treibt, wird es auch glaubwürdiger als Verhandlungsführer bei internationalen Konflikten.
- Militärische Konfliktlösungen, Eingreiftruppen und Auslandseinsätze sind grundsätzlich abzulehnen. Europäische Militärkräfte im Ausland zurück in ihre Heimatkasernen.
- Gleichberechtigte politische Beziehungen zwischen den Nationen, frei von militärischer Bedrohung und imperialistischer Dominanz, auf der Grundlage der UN-Charta, der Respektierung des Völkerrechts und der Einhaltung der internationalen Verträge als Grundlage einer internationalen Kultur des Friedens.
- Nachhaltig-sinnvolle Nutzung und Pflege der natürlichen Ressourcen im Interesse der gesamten Menschheit. Die Wohlfahrt aller Menschen des Planeten und Erhalt bzw. Wiederherstellung lebenswerter natürlicher Bedingungen müssen über die Interessen des Kapitals gestellt werden.

Referat von Pflüger

In seinem stark beachteten Redebeitrag ging Tobias Pflüger, Initiator der Informationsstelle Militarisierung IMI, auf den EU-Reformvertrag ein:

«Der Reformvertrag ist de facto nichts weiter als der abgelehnte EU-Verfassungsvertrag. Mit der Einigung der Staats- und Regierungschefs auf den so genannten EU-Reformvertrag findet ein Betrugsmanöver erster Ordnung seinen vorläufigen Abschluss. (...) Die neoliberale und militaristische Substanz des EU-Verfassungsvertrags wurde erhalten. Darüber hinaus gibt es jetzt weitreichende Bestimmungen in Richtung einer repressiven Flüchtlings- und Migrationspolitik. So findet sich im Text des Vertrags von Lissabon weiterhin die Verpflichtung für die EU-Mitgliedsstaaten «ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern», die EU-Rüstungsagentur erhält Vertragsrang, die Wirtschafts- und Währungspolitik wird auf eine «offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb» festgelegt und in der Innen- und Justizpolitik soll mit neuen Vertragsbestimmungen eine Politik der Flüchtlingsabwehr zementiert werden.

(...) Fakt ist zudem, wie der Vizepräsident des Konvents Guiliamo Amato betonte, dass die Staats- und Regierungschefs beschlossen, den neuen EU-Vertrag schwerer lesbar zu machen, damit die Kernreformen nicht auf Anhieb erkennbar seien und um Forderungen nach Referenden in den Mitgliedstaaten präventiv abzuwehren.

Aufrüstung als Auftrag

So hat die stark kritisierte Aufrüstungsverpflichtung der EU-Verfassung auch in den Entwurf des Reformvertrags Eingang gefunden. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich in Artikel 27, Absatz 3, zur «schrittweisen Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten». Auch ein eigener Haushalt für Militäroperationen mit dem unverfänglichen Titel «Anschubfonds» ist im Entwurf vorgesehen. Dieser Fonds soll dann genutzt werden, wenn eine geplante Operation aus rechtlichen Gründen nicht aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden kann. Eine Kontrolle des Europäischen Parlaments oder der nationalstaatlichen Parlamente über den Fonds ist nicht vorgesehen.

Daneben soll eine «Verteidigungsagentur» die «Massnahmen zur Bedarfsdeckung» im Militärbereich unterstützen und für die «Stärkung der industriellen und technologischen Basis» im Rüstungssektor sowie die Förderung der Rüstungsforschung mitverantwortlich sein. Im Artikel 188 des Reformwerks wird zudem der Einsatz von Militär innerhalb der EU-Staaten geregelt. So soll festgeschrieben werden, dass die EU «alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschliesslich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel» mobilisieren könne, um «terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden».

Es ist wohl als einmalig in der Geschichte internationaler Verträge anzusehen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag zu verstärkten Rüstungsanstrengungen anhält. (...)

Der Militärbereich war das Rückgrat des Verfassungsvertrages. Der absehbare Reformvertrag ist ebenfalls ein Militärvertrag. Mit ihm wird kein sozialeres, friedlicheres Europa geschaffen.

Bei aller notwendigen Abwägung der Gipfelergebnisse kann man diesen neuen EU-Vertrag deshalb nur ablehnen. Der neue EU-Vertrag sollte in jedem EU-Mitgliedsstaat in Referenden zur Abstimmung gestellt werden. Die Staats- und Regierungschefs dürfen mit ihrem Betrugsmanöver nicht durchkommen.»



Karikatur von Carlos Latuff

gebunden hätte – vielleicht nicht direkt, aber zumindest indirekt. Die Abwesenheit von Hamas schafft einen gähnenden Abgrund in dieser Konferenz. Welchen Sinn hat es, wenn vierzig Vertreter aus aller Welt da sind, wenn aber mehr als die Hälfte des palästinensischen Volkes nicht vertreten ist? Dies um so mehr, als der Boykott der Hamas diese Organisation nur weiter in die Ecke gedrängt hat und sie damit veranlasst hat, in ihrer Ablehnung dieses Treffens nur noch radikaler zu werden und die palästinensische Öffentlichkeit dagegen aufzuheizen.

Die Hamas ist nicht nur bewaffnete Organisation, die momentan den Gazastreifen beherrscht. Sie ist vor allem eine politische Bewegung, die die Mehrheit der Stimmen des palästinensischen Volkes bei demokratischen Wahlen gewonnen hat – nicht nur im Gazastreifen, sondern auch auf der Westbank. Das wird sich nicht ändern, wenn Israel morgen den Streifen erobert. Im Gegenteil: es wird Abbas als Kollaborateur in einem Krieg gegen das eigene Volk brandmarken und

lahmen Ente (dem amerikanischen Präsidenten) veranstaltet wird, deren einziges Ansinnen es ist, in der Pose des Anführers der Welt fotografiert zu werden. Und falls tatsächlich eine weitere UN-Resolution bewerkstelligen können sollte, hinter der er sich dann verstecken kann – eine weitere Resolution, die von niemandem ernst genommen würde – es würde rein gar nichts ändern.

Dies gilt ganz besonders dann, wenn man israelischen Presseberichten Glauben schenken darf, wonach die israelische Regierung grosse Erweiterungen der Siedlungen plant und die Armeebosse heiss darauf sind, einen weiteren blutigen Krieg zu beginnen, diesmal im Gazastreifen.

Wettbewerb im Kabinett

Hat dieses Spektakel also gar keinen positiven Aspekt gehabt? Wird es bereits morgen vergessen sein, wie bereits Dutzende solcher Treffen in der Vergangenheit vergessen wurden?

Ich bin nicht sicher, dass dem so ist. Natürlich handelte es sich nur um einen einzigen grossen Wortschwall.

zur Zuweisung von Fernsehkanälen. (Für diejenigen mit gutem Gedächtnis: dies geschieht nun 50 Jahre, nachdem ich die Errichtung eines solchen Gremiums vorgeschlagen habe, das ich «weissen Generalstabchef» – im Gegensatz zum «Khaki-Generalstabchef» – nannte.)

E pur si muove!

Ja, die Annapolis Konferenz war nur ein kleiner Schritt, der unter Zwang zustande kam. Aber es war dennoch ein winziger Schritt in die richtige Richtung.

Das Bewusstsein einer grösseren Menschenmasse ändert sich nur im Laufe eines langen und sehr langsamen Prozesses, mit der Geschwindigkeit tektonischer Platten. Aber, wie schon Galileo Galilei vor sich himurmelte: «E pur si muove!» – Und sie bewegt sich doch!«.

(Aus dem Englischen von Ellen Rohlfs und Christoph Glanz, vom Verfasser autorisiert und von der Redaktion leicht gekürzt und mit Untertiteln versehen.)

Iran, die atomare Bedrohung und Israel

Wie sie uns die Bombe stahlen

Laut einem Bericht der US-Geheimdienste hat Iran schon vor Jahren damit aufgehört, an einer eigenen Atombombe zu basteln. Eine gute Nachricht auch für Israel – sollte man meinen. Friedenskämpfer Uri Avnery erläutert, warum dem nicht so ist.

Von Uri Avnery

Es war, als ob Israel von einer Atombombe getroffen worden wäre.

Die Erde bebte. Unsere politischen und militärischen Führungskräfte standen unter Schock. Die Schlagzeilen heulten auf vor Wut.

Was war geschehen?

Etwas Katastrophales: der US-amerikanische Nachrichtendienst, bestehend aus 16 verschiedenen Organisationen, war zu dem einstimmigen Urteil gelangt, dass die Iraner ihre Bemühungen um die Produktion einer Atombombe schon 2003 beendeten, und dass sie diese Bemühungen seitdem nicht wieder aufgenommen haben. Selbst wenn sie in Zukunft ihre Meinung änderten, bräuchten sie mindestens fünf weitere Jahre, um ihr Ziel zu erreichen.

Schock statt Freude?

Sollten wir darüber nicht überglücklich sein? Sollte Israels Bevölkerung nicht auf den Strassen tanzen wie am 29. November 1947 – vor 60 Jahren? Schliesslich sind wir gerade erneut gerettet worden!

Bis zu dieser Woche haben wir regelmässig gehört, dass die Iraner eine Bombe produzieren wollen, die – jederzeit – unsere blossе Existenz bedroht. Nichts weniger als das. Mahmoud Ahmadinejad, der neue Hitler des Nahen Ostens, der jeden zweiten Tag verkündet, Israel müsse von der Landkarte verschwinden, war im Begriff, seine eigene Prophezeiung zu erfüllen.

Eine kleine Atombombe, selbst eine so winzige, wie diejenigen, die über Japan abgeworfen wurden, würden ausreichen, das ganze zionistische Unternehmen auszulöschen. Wenn sie auf Tel Avivs Rabin-Platz fallen würde, würde das wirtschaftliche, kulturelle und militärische Zentrum Israels ausgelöscht– zusammen mit Hunderttausenden von Juden. Ein zweiter Holocaust.

Und sieh da – keine Bombe und kein «Jederzeit!». Der böse Ahmadinejad kann uns bedrohen, so viel er mag– er hat gar nicht die Mittel dazu, uns zu schaden. Ist das nicht ein Grund zum Feiern?

Warum fühlt es sich dann an wie eine nationale Katastrophe?

Die Goyim lassen uns im Stich

Ein Hobby-Psychologe (wie ich es bin) könnte sagen: Juden haben sich an die Angst gewöhnt. Nach Hunderten von Jahren voller Verfolgung, Vertreibungen, Inquisition, Pogromen und dem Holocaust haben wir in unsern Köpfen kleine rote Warnlämpchen, die schon bei geringsten Anzeichen von sich nähernder Gefahr aufleuchten. An solch eine Situation sind wir gewöhnt. Wir wissen, was wir zu tun haben.

Aber wenn diese Lichter ausbleiben und keine Gefahr am Horizont auftaucht, dann haben wir das Gefühl, dass irgendwas Verdächtigtes passiert. Da stimmt irgendetwas nicht. Vielleicht sind die Lämpchen nicht in Ordnung. Vielleicht ist es in Wirklichkeit eine Falle!

Es gibt in dieser Situation einen kleinen Trost. Während auch die unmittelbare Gefahr der Auslöschung noch einmal vorüberging, haben wir doch zumindest das Gefühl, allein zu sein, wieder einmal allein.

Das ist ein anderes Anzeichen jüdischer Einzigartigkeit: wir sind vor al-

ler Welt allein. Genau wie in den Tagen des Holocaust haben uns die Goyim im Stich gelassen. Angesichts des iranischen Monsters, das uns zu verschlingen droht, stehen wir hier allein.

All unsere Medien wiederholen dies unisono wie ein Orchester, das keinen Dirigenten braucht, weil es die Musik auswendig kennt. Wie wir in den guten alten Zeiten von Golda Meir sangen: «Die ganze Welt ist gegen uns/ das ist eine alte Melodie / und jeder der gegen uns ist/ lass ihn zur Hölle gehen...». Zu jener Zeit hat eine Theatergruppe daraus sogar einen Volkstanz kreiert.

In den letzten paar Jahren hatte sich eine riesige Koalition gegen den Iran formiert. Die iranische Bombe wurde zum Kernstück eines internationalen Konsenses, der von Amerika, der Königin der Welt, angeführt wurde. Im Einvernehmen all seiner fünf permanenten Mitglieder hat der UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Teheran verhängt.

Vor unsern Augen fällt diese Koalition nun aus einander. Präsident Bush kommt ins Stottern. Der Vorwand für einen amerikanischen militärischen Angriff besteht nicht mehr – der Wunschtraum der israelischen Regierung und der Neocons. Sogar der Vorwand für noch strengere Sanktionen besteht nicht mehr. Wer weiss – vielleicht werden in nächster Zukunft sogar die bestehenden schwächeren Sanktionen aufgehoben werden.

Das Nichtereignis von 2008

Die erste Reaktion der israelischen Führung war energisch und bestimmt: totale Leugnung.

Der amerikanische Bericht ist einfach falsch, verkündeten alle Medien. Er gründe sich auf falsche Informationen. Unsere eigenen Nachrichtendienste hätten viel genauere Daten, die beweisen, dass an der Bombe weiter gebaut werde.

Wirklich? Alle Informationen des Mossad gehen automatisch zur CIA. Sie sind ein Teil genau jener Datenfülle auf die sich der amerikanische Bericht stützt. Man muss auch bedenken, dass der veröffentlichte Teil des Berichtes nur 3% des ganzen Dokumentes darstellt.

Also dann lügen die US-amerikanischen Nachrichtendienste bewusst. Da kann man sich nicht der Schlussfolgerung erwehren, dass trübe politische Motive hinter ihren eindeutigen Befunden liegen müssen. Vielleicht wollen sie die Fehlberichte, aufgrund derer Präsident Bush seine Invasion in den Irak zu rechtfertigen versuchte, wettmachen. Damals haben sie übertrieben – jetzt untertreiben sie halt. Vielleicht wollen sie sich an Bush rächen und glauben, die Zeit sei reif, zumal er am Ende seiner Amtszeit nur mehr eine «lahme Ente» ist. Oder sie schliessen sich der allgemeinen amerikanischen Meinung an, der es nicht nach einem weiteren Krieg zumute ist. Und natürlich müssen die dafür Verantwortlichen Antisemiten sein.

Selbst wenn die US-amerikanischen Geheimdienste in ihrer Naivität glauben, dass der Iran die Arbeit an der Bombe eingestellt hat, offenbart dies ihre Naivität. Sie können sich nicht vorstellen, dass die Iraner sie täuschen. Wer weiss besser als wir, wie leicht es ist, eine Atombombe zu verstecken und die ganze Welt zu täuschen. Schliesslich haben wir darin jahrelange Erfahrung.

Doch all dies ändert nichts an der Tatsache, dass dieser Bericht der amerikanischen Politik eine neue Richtung gibt und die ganze internationale Konstellation verändert.

Der Krieg gegen den Iran, der das entscheidende Ereignis für 2008 werden sollte, wird vorläufig zu einem Nicht-Ereignis.

Kein Ritt auf der Bombe

Was sind die Folgen soweit es Israel betrifft? Warum stehen unsere verantwortlichen Politiker seit der Veröffentlichung des Berichtes unter Schock?

Die Möglichkeit eines unabhängigen israelischen Militärschlages gegen den Iran ist dahin. Israel kann keinen Krieg ohne den uneingeschränkten Rückhalt der USA führen. Wir

Condoleezza mehr Rückhalt. Vielleicht wird er sich selbst mehr einbringen. Tatsache ist: er wird Israel zum ersten Mal in seiner Amtszeit besuchen.

Diese Bemühung wird zwar keine grossen Erfolgsaussichten haben, aber die Leute in Jerusalem sind trotzdem besorgt. Das hat uns gerade noch gefehlt – einen Bush der es Jimmy Carter – diesem Antisemiten – nachtut, der Begin damals so lange den Arm verdrehte, bis dieser Frieden mit Ägypten machte.

Olmerts Dilemma

Was also tun? Man kann die israelischen Diplomaten im Ausland dahingehend instruieren, ihre Bemühungen zu verdoppeln, um die jeweiligen Regierungen davon zu überzeugen, dass sich die Situation nicht verändert hat, dass man gegen die Bombe kämpfen muss – ob sie nun existiert oder nicht. Aber sagen sie das einmal den Russen und Chinesen! Die Regierungen der Welt sind glücklich, dass sie endlich

sich nicht auf ihn verlassen. Die Labourpartei ist chaotisch, ohne Rückgrat und skrupellos. Die zusammenge schrumpfte Meretz-Partei besteht nur aus fünf Knessetmitgliedern; vier von ihnen konkurrieren um die Parteiführung. Die zehn Mitglieder der arabischen Fraktion – so nennt man sie gewöhnlich, obwohl eines der Knesset-Mitglieder von Hadash ein Jude ist – sind die Ausgestossenen. Keine «zionistische» Regierung würde sich offen auf ihre Unterstützung verlassen wollen. Und in Olmerts eigener Fraktion sind einige rechts-extreme Mitglieder, die jede Friedensbemühung sabotieren würden.

In solch einer Situation ist das normale Verhalten eines «wirklichen» Politikers wie Olmert, nichts zu tun, Erklärungen nach links und nach rechts zu verteilen (im doppelten Sinne) und zu versuchen, Zeit zu gewinnen.

In der vergangenen Woche verkündete die Regierung Pläne, 300 neue Wohnungen im hässlichen Har Homa, nahe Jerusalem, zu bauen. Für jemanden wie mich, der Tage und Nächte gegen den Bau dieser speziellen Siedlung demonstriert hat, ist das besonders bitter. Es weist nicht auf eine bessere Wendung hin.

Andrerseits kam mir eine interessante These von jemandem aus dem inneren Zirkel Olmerts zu Ohren. Danach mag sich Olmert, der weiss, dass er die Macht verliert, sagen: Wenn ich fallen muss, warum dann nicht als jemand in die Geschichte eingehen, der sich selbst auf dem Altar eines erhabenen Prinzips geopfert hat, statt nur als politischer Nichtsnutz zu verschwinden.

Wenn er keinen anderen Ausweg hat, mag er diese Lösung wählen – umso mehr als seine eigene engere Familie ihn in diese Richtung drängt.

Ich würde diese Möglichkeit als «unwahrscheinlich» einschätzen – aber es sind schon seltsamere Dinge geschehen.

Vielleicht sollten die Friedenskräfte ihre verständlichen Vorbehalte überwinden und versuchen, die öffentliche Meinung in einer Weise zu beeinflussen, die Olmert hilft, sich in diese Richtung zu wenden.

So oder so, eines ist sicher: dieser Schuft, Ahmadinejad, hat uns wieder einmal beschissen.

Er hat unseren kostbarsten Besitz geraubt: die iranische Atombedrohung.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlfis und Christoph Glanz, vom Verfasser autorisiert und von der Redaktion leicht gekürzt und mit Untertiteln versehen.)

In Kürze

Europa weiterhin mit US-Atomwaffen

Auch Jahre nach «Beendigung» des Kalten Krieges halten die USA in Europa nach Angaben der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) immer noch an die 480 Atomsprenköpfe einsatzbereit, 170 davon auf deutschen Luftwaffenstützpunkten. 20 dieser Waffen, von denen eine jede bis zur 6fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe besitzt und im Bundesland Rheinland-Pfalz gelagert werden, würden im Kriegsfall von deutschen Bundeswehrpiloten des Jagdbombengeschwaders 33 mit deutschen Tornado-Jets ins Ziel gebracht.

Kürzlich mahnte der Direktor der Internationalen Atomenergie-Organisation Mohamed El-Baradei einmal mehr, man können nicht «von andern den Verzicht auf Atomwaffen verlangen, während man selbst eigene besitzt und weiter entwickelt.»



versuchten es ein einziges Mal – beim Sinaikrieg 1956 – bis uns Präsident Dwight Eisenhower eine Ohrfeige verpasste. Seitdem mühen wir uns sehr, vor jedem Krieg den Segen der USA zu bekommen.

Was unser Militär und die Nachrichtendienste betrifft, so ist der Bericht aus einem weiteren Grund eine absolute Katastrophe. Die iranische Bombe spielt nämlich eine unentbehrlich Rolle beim jährlichen Kampf der Armee um ihren beträchtlichen Anteil am Staatsbudget.

Für rechte Demagogen ist die Auswirkung noch entmutigender. Binyamin Netanjahu hatte seine ganze Strategie auf die iranische Bedrohung gebaut und hatte gehofft, auf der Bombe direkt zum Ministerpräsidentenamt reiten zu können.

Abgesehen davon – wenn das iranische Problem nun keine Rolle mehr spielt, dann nimmt das palästinensische Thema wieder mehr Raum ein. Das trifft besonders für Washington DC zu. Präsident Bush ist in Schwierigkeiten; sein Fiasko in Afghanistan und im Irak geht weiter. Jede US-amerikanische Bemühung, im Irak mit seiner schiitischen Mehrheit eine stabile Regierung zu installieren, hängt vom Rückhalt des schiitischen Iran ab. Bushs Traum von einem Blitzkrieg gegen den Iran – und somit dem Traum der Geschichte seinen Stempel aufzudrücken – hat sich in Wohlgefallen aufgelöst.

Was kann er noch tun, um irgendein positives Vermächtnis zu hinterlassen? Die einzige Alternative ist der israelisch-palästinensische Frieden. Vielleicht gibt er jetzt der armen

den Druck von Seiten Bushs los sind – alle bis auf das «glückliche Paar», Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, die Tony Blairs Rolle – Pudel des Weissen Hauses – übernommen haben.

Die neue Situation bedeutet auch für Ehud Olmert ein schweres Dilemma.

Auf dem Rückflug von Annapolis gab er erstaunliche Äusserungen von sich. Wenn die Zwei-Staaten-Lösung nicht realisiert werde, dann «ist der Staat Israel erledigt», erklärte er. Keiner im Friedenslager hat je gewagt, so weit zu gehen.

Glaubt er, was er sagt, oder handelt es sich nur um Schönrede? Das ist die Frage, die augenblicklich den Diskurs in Israel bestimmt. In anderen Worten: geht es ihm nur darum, Zeit zu gewinnen, oder ist er wirklich dabei, an einem Friedensabkommen zu arbeiten?

Alle Anzeichen scheinen darauf hinzudeuten, dass er nicht in der Lage ist, auch nur irgendeinen Schritt zu machen. Wenn er versucht, auch nur die erste Phase der Road Map durchzuführen und einige Siedlungsposten auflöst, wird sich ihm nicht nur die entschlossene Opposition der Siedler und ihrer Unterstützer und die stille (aber sehr wirksame) Opposition des Militärs entgegenstellen, sondern auch eine Blockade durch seine Regierungskollegen. Bevor der erste Aussenposten aufgelöst ist, wird die Koalition auseinanderbrechen.

Olmert hat keine andere Koalition zur Hand. Ehud Barak hat immer wieder versucht, ihn von rechts zu überholen. In einer Krise kann man



Fortsetzung von Seite 4
durch diesen Diskussionsprozess praktisch schon bereinigt worden und in der Regel konsensfähig.

Rechenschaftspflicht

Im Gegensatz zu andern Ländern werden die kubanischen Parlamentarier für ihre Arbeit nicht bezahlt und kennen auch kein Sitzungsgeld. Sie arbeiten in ihrem angestammten Beruf weiter und wenn ihr Arbeitgeber die sessionsbedingten Ausfälle nur teilweise begleichen kann, übernimmt die Nationalversammlung die Differenz. «Etwa 15 der Abgeordneten sind hauptberuflich Parlamentarier, wie ich beispielsweise. Wir erhalten das Salär, das wir im früheren Berufsleben erreicht hatten, und die notwendigen Ressourcen, um unsere Arbeit ausführen zu können.»

Gemäss Wahlprozedere sind knapp die Hälfte der Parlamentsmitglieder gleichzeitig Mitglieder ihres Gemeindepalamentes. «Diese Parlamentarier müssen sich alle sechs Monate mit ihren Wählern treffen und wöchentlich eine Sprechstunde abhalten», weist Crombet auf eine strenge Regel hin. «Die Abgeordneten sollen die Sorgen und Nöte der Bevölkerung kennen.» Vieles, was bei den Sprechstunden vorgebracht werde, könne meist auf Gemeindeebene und gleich noch mit Eigeninitiative der Bevölkerung gelöst werden: «In der gegenwärtigen Situation kommen wir nicht umhin, einander zu helfen, um Lösungen etwas zu beschleunigen.» Über jedes vorgebrachte Problem, betreffe dieses nun eine lokale oder nationale Angelegenheit, müsse der Angeordnete übrigens an den darauffolgenden Wählertreffen und Sprechstunden Rechenschaft ablegen. «Er soll ja nicht nur Klagen sammeln, sondern danach auch belegen, was er in der Angelegenheit konkret unternommen hat.»

Fidel nominiert

Die Kandidaturen für den 20. Januar 2008 sind seit Anfangs Dezember bekannt. Obwohl die Kommunistische Partei als Partei am Wahlprozedere selbst nicht beteiligt ist und auch kein Vorschlagsrecht besitzt, sind etwa zwei Drittel der Kandidierenden Parteimitglieder. Prominente Namen befinden sich darunter, jener der Athletinnen Ana Fidelia Quirot und Yipsi Moreno beispielsweise, des Pianisten Frank Fernandez, des kubanischen Kosmonauten Arnaldo Tamayo Mendez und des Baseball-Stars Ariel Pestano. Auch Fidel und sein Bruder Raul werden wieder zur Wahl stehen, ebenso unser Gesprächspartner Jaime Crombet, der vom Municipio San Cristóbal in der Tabakprovinz Pinar del Rio auf die Liste gesetzt worden ist. Von den gegenwärtigen Mitgliedern des Staatsrates fehlt unter den 614 Kandidierenden gerade nur der achtzigjährige Pedro Miret, einer der historischen Kommandanten der Revolution. Überraschungen wird es also am 20. Januar keine geben. Aber wie sagt Crombet doch: «Die Unterstützung des Volkes ist die Sine qua non der kubanischen Revolution, unser System impliziert den massiven Rückhalt durch unsere Bevölkerung. Verlieren wir diesen Rückhalt, sitzen unsere Gegner sofort in den Gemeindepalamenten und von dort aus in den Provinzparlamenten und in der Nationalversammlung.»

Chávez-Gegner Lügen gestraft

Por ahora – Vorläufig

Mit äusserst knapper Mehrheit haben die Wählerinnen und Wähler in Venezuela die vom Präsidenten Hugo Chávez und der Nationalversammlung vorgeschlagene Verfassungsreform abgelehnt. André Scheer, Referent an der 55. Jahresversammlung der Schweizerischen Friedensbewegung im Jahr 2006, hat das Resultat analysiert.

Von Andrée Scheer

Der Vorschlag von insgesamt 69 zur Veränderung vorgesehenen Verfassungsartikeln war in zwei Blöcke aufgeteilt worden. Block A enthielt vor allem die 33 von Präsident Chávez am 15. August vorgeschlagenen Verfassungsänderungen, Block B diejenigen Änderungen, die während der Debatten des Parlaments und in den öffentlichen Versammlungen hinzugefügt worden waren. Während der Block B nur von 48,44 Prozent der Abstimmenden unterstützt wurde, war die Unterstützung für den direkt mit Chávez verbundenen Block A mit 49,29 Prozent etwas höher.

Das Paket der Verfassungsänderungen, das nun durch das venezolanische Volk abgelehnt wurde, hatte ein sehr breites Spektrum von Regelungen umfasst. So sollten der Begriff «sozialistisch» in verschiedenen Zusammenhängen festgeschrieben werden, das Verbot einer erneuten Kandidatur des Präsidenten aufgehoben und die Basisstrukturen gestärkt und mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden. Das Wahlalter sollte von 18 auf 16 Jahre, die tägliche Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden gesenkt werden. Die zahlreichen Beschäftigten des informellen Sektors der venezolanischen Wirtschaft – in dem knapp die Hälfte der arbeitenden Menschen tätig ist – sollte in den Genuss von Leistungen aus der Sozialversicherung kommen, ohne selbst jemals Beiträge eingezahlt zu haben. Die Hochschulen sollten demokratisiert werden, ohne ihre Autonomie zu verlieren. Zugleich sollten die Kompetenzen der Regierung gestärkt werden: die Nationalbank sollte ihre Autonomie verlieren, während eines Ausnahmezustandes sollte das Recht auf Information eingeschränkt werden können. Der prozentuale Stimmenanteil, der für die Einberufung von Volksabstimmungen zur Durchsetzung von Gesetzesinitiativen oder zur vorzeitigen Abberufung von Amtsinhabern nötig ist, sollte angehoben werden.

Als Problem hat sich für die Unterstützer der Reform letztlich das breite Spektrum der Vorschläge, die für viele Menschen unübersichtlich blieben, erwiesen. So konnten sich etwa die Gegner der Verfassungsreform je nach Zielgruppe ihre Kritikpunkte aussuchen, während die Unterstützer grundsätzlich das Gesamtpaket mit allen Änderungen verteidigen mussten – und auch unter den Unterstützern der Regierung gab es deutliche Kritik an einzelnen Punkten der Verfassungsänderung. Deshalb waren viele Stimmen gegen die Verfassungsreform auch ausdrücklich keine Stimmen gegen Präsident Hugo Chávez, eine Tatsache, auf die sogar die Opposition in ihrer Werbung gesetzt hatte: «Wir wählen keinen Präsidenten, wir stimmen über die Reform ab».

Auch ein weiterer Kritikpunkt der Opposition war schwer von der Hand zu weisen. Das Instrument der Verfassungsreform ist im venezolanischen Grundgesetz für Änderungen «einer oder mehrerer Normen» vorgesehen, «ohne die grundsätzliche Struktur und Grundprinzipien des Verfassungstextes zu ändern» (Art. 342). Für weitergehende Änderungen wäre die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung notwendig gewesen. Nach dem Vorschlag von Präsident Chávez im August hatte die Regierung auch noch in diesem Sinne

argumentiert. Die 33 Änderungsvorschläge von Chávez umfassten weniger als 10 Prozent des Verfassungstextes und tasteten weder die Struktur noch die Grundprinzipien des Verfassungswerkes an. Der Begriff «Sozialismus» wurde gerade deshalb nicht in den ersten Artikeln der Verfassung eingeführt, sondern sollte nun zum ersten Mal in Artikel 16 auftauchen.

Als aber dann die Nationalversammlung, also das Parlament, am 2. November letztlich 69 Änderungen und 15 Übergangsbestimmungen beschloss, fiel diese Argumentation den Unterstützern der Verfassungsreform schwer auf die Füsse. Mit rund 20 Prozent des Verfassungstextes war nunmehr schwerlich von einer Änderung «einer oder mehrerer Normen» zu sprechen

Präsident Hugo Chávez wandte sich unmittelbar nach der Bekanntgabe der ersten offiziellen Zahlen durch den Nationalen Wahlrat (CNE) in einer Ansprache über alle Rundfunk- und Fernsehsender an die Bevölkerung. Er erkannte den Erfolg des «Nein» an und sagte, ihm sei diese knappe Niederlage lieber als ein ähnlich knapper Erfolg. Für den Augenblick («por ahora») habe man die angestrebten Ziele nicht erreicht.

In der Tat könnte der Präsident mittelfristig gestärkt aus dieser Niederla-

ge hervorgehen. Nicht nur, dass die Opposition mit einer umfassenden Kampagne die gegenwärtig geltende Verfassung verteidigte, dieselbe Verfassung, die sie jahrelang missachtet und bekämpft hatte. In der Diskussion um die Verfassungsreform haben sich ausserdem die politischen Fronten in Venezuela weiter geklärt, Reformisten wie die sozialdemokratische Partei «Podemos» oder unsichere Kandidaten wie der frühere Verteidigungsminister Venezuelas Raúl Isaías Baduelli sind offen zur Opposition übergetreten. Andere Organisationen, wie die Partei «Heimatland für alle» (PPT) und die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV) haben sich trotz punktueller Kritik an der Verfassungsreform hinter das Projekt gestellt und aktiv für die Annahme der Reform geworben. Damit haben sie deutlich gemacht, dass sie den revolutionären sozialistischen Prozess weiterhin unterstützen.

Die jüngste Wahl mit ihrem knapp über 50 Prozent liegenden ablehnenden Ergebnis zeigt, dass Wahlen in Venezuela eben nicht nach den Vorstellungen der Regierung ausfallen können. Jahrelang hatte die Opposition der Chávez-Regierung permanenten Betrug und Manipulationen bei den Wahlen und Abstimmungen vorgeworfen. Die oppositionellen Medien in Venezuela machten sich zum Sprachrohr solcher Vorwürfe, internationale Medien in den USA und Europa übernahmen kritiklos solche Darstellungen, die von internationalen Wahlbeobachtern schon in der Vergangenheit immer wieder als haltlos dementiert wurden.

Tatsächlich werden es die Opposition und die internationalen Medien künftig schwerer haben, von Manipu-



lationen zu phantasieren, denn mit dem Eingeständnis der Regierung, dass sie eine Niederlage bei einem Referendum zur Verfassung erlitten hat, wird gezeigt, dass es in Venezuela eine Demokratie des Volkes gibt.

Vor der revolutionären Bewegung Venezuelas aber liegt nun ebenfalls eine Herausforderung. Sie hat nun die kommenden fünf Jahre Zeit, einen Nachfolger für Hugo Chávez zu finden und politisch aufzubauen. Es muss eine Persönlichkeit sein, die die Popularität des derzeitigen Präsidenten aufgreifen und die nächste Wahl gewinnen kann, denn Chávez darf bei der kommenden Präsidentschaftswahl Ende 2012 oder Anfang 2013 nach der derzeit gültigen Verfassung nicht mehr als Kandidat antreten. Dies sollte der sozialistischen bolivarianischen Bewegung aber gelingen, denn tatsächlich haben sich in den vergangenen Jahren durchaus einige fähige und populäre Mitstreiter des Präsidenten profilieren können. Ironie dabei ist: einer der lange als möglicher Nachfolger von Hugo Chávez gehandelten Kandidaten hat sich durch sein Überlaufen zur gegnerischen Seite diesbezüglich selbst ins Aus katapultiert: General a. D. Raúl Isaías Baduel. (Aus aikor.de/hintergrund.de, von der Redaktion gekürzt.)

Die Blätter für deutsche und internationale Politik

Den eigenen Verstand nutzen

Vorzustellen ist die Monatszeitschrift «Blätter für deutsche und internationale Politik» («Blätter»), welche im November 51-jährig wurde und die mich seit nunmehr über dreissig Jahren begleitet.

Von Rudolf Steiner

Ich darf vorwegnehmen, dass die «Blätter» ihrem Leitmotiv, eine «Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn» zu sein, treu geblieben sind. Vernunft als im besten Sinn europäischer Aufklärung verstandene, kritische Vernunft. Solche war zu Zeiten der Gründung der neuen Publikation in der Mitte der 1950er Jahre dringend geboten. Erinnern wir uns: dem Nachkriegswirtschaftswunder entsprach politisch der Kalte Krieg mit seinen Aufrüstungsschüben und ideologischen Verkrampfungen; im Westen der rabiate Antikommunismus und –sozialismus, der für viele Linke einschneidende persönliche Konsequenzen hatte. Die «Blätter», gegründet im Geist der Ost-West-Verständigung und des Dialogs zwischen Christen und Marxisten, hatten den Anspruch, «wahrhaft unabhängig, an keine Parteiideologie und kein Geschäftsinteresse gebunden» zu sein und mit ihren Beiträgen und Analysen eine «Zusammenschau gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Realitäten, Möglichkeiten und Notwendigkeiten» zu fördern (Editorial der Erstausgabe).

Gemeinsame Grundhaltung

Interessant ist die politische Observanz der drei Gründer: Karl Graf von Westphalen kam ursprünglich aus der CDU, Hermann Etzel aus der mittelständischen Bayernpartei und Paul Neuhöffer, der spätere Leiter des Pahl-Rugenstein-Verlags, stand den Kommunisten nahe. Gemeinsam verband sie u.a. eine Adenauer-kitische Grundhaltung. Zentrale Themen der «Blätter» waren zu dieser Zeit atoma-

re Aufrüstung und friedliche Koexistenz, die «deutsche Frage», die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die Befreiungsbewegungen in der sog. Dritten Welt und die Verantwortung der Christen im Ganzen.

Redaktioneller Aufwand

In den vergangenen fünf Jahrzehnten haben sich die Brennpunkte der Zeitgeschichte gewandelt und neue sind dazugekommen. Das Konzept, mit dem die «Blätter» das relevante deutsche und internationale Geschehen dokumentierend, kritisch analysierend und kommentierend begleitet haben und nach wie vor begleiten, ist für den interessierten Leser äusserst hilfreich, redaktionell allerdings sehr aufwendig. In jeder Nummer finden sich folgende Blöcke:

- kürzere (2-4seitige) Kommentare und Berichte
- längere (ca. 10seitige) Analysen und Alternativen
- Wirtschafts- und Umweltinformationen
- wichtige aktuelle Dokumente
- eine Chronik des relevanten globalen Geschehens des vergangenen Monats

Spiritus rector der «Blätter» ist der Historiker, Germanist und politische Publizist Karl D. Bredthauer, der 1968-2004 Redaktor und Chefredaktor war. Heute besorgen die Redaktion Albrecht von Lucke, Annett Mängel und Dr. Albert Scharenberg. Herausgegeben wird die Zeitschrift von einem Kreis namhafter Persönlichkeiten, von denen hier bloss Jürgen Habermas, Walter Jens und Gerhard Stuby genannt seien. Sehr aufschlussreich für Art und Qualität der «Blätter» ist das Verzeichnis der

Autorinnen und Autoren. Im letzten Jahr umfasste es um die 190 Namen, worunter viele international bekannte Wissenschaftler und Publizisten. Politisch sind sie mehrheitlich irgendwo links der Mitte einzuordnen, was in einer Zeit der neoliberalen Grossoffensive sehr wohlthuend ist.

Wichtige Dokumente

Mindestend so wertvoll aber sind der Faktenreichtum, die Seriosität und die Aktualität der Texte. Wer versucht, einermassen am Puls des politisch-ökonomischen Tagesgeschehens zu sein, wird als Leser der «Blätter für deutsche und internationale Politik» immer wieder über Informationen verfügen, zu denen er als Konsument der gängigen Massenmedien nicht oder nur mit Verspätung gelangt. So wurde z.B. im Mai 1999 der wesentliche Teil des sog. Rambouillet-Abkommens im übersetzten Wortlaut veröffentlicht, als das Dokument von den beteiligten Aussenministerien noch als vertraulich klassifiziert und der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Genaue Kenntnis des Inhalts dieses Papiers wäre aber unabdingbar gewesen, um nachvollziehen zu können, weshalb der jugoslawische Präsident Milosevic unter keinen Umständen darauf hatte eintreten können. Dies wiederum gab der NATO unter Führung der USA die Pseudolegitimation für die Luftangriffe auf Serbien.

Tempora mutantur? Leider in den die Menschheit vital betreffenden Fragen nicht so, dass wir nicht nach wie vor viele Inseln der Vernunft nötig hätten. Den «Blättern», als eine davon, sind wir zu grossem Dank verpflichtet. Mögen sie uns weiterhin mit ihren Informationen und Interpretationen bereichern und uns ermutigen, dem Ratschlag Immanuel Kants zu folgen, uns unseres eigenen Verstandes zu bedienen.

Ruth Seiler-Schwab: Ein Leben für die Nächsten
Anders eingestellt

Nach ihrem Dokumentarfilm «Müetis Kapital», einer liebevollen Annäherung an das Leben von Ruth Seiler-Schwab, hat Karoline Arn die Seiler-Biographie «Wenn wir uns gut sind» geschrieben. Ein äusserst lesenswertes Buch über ein berührendes Leben, meint UW-Redaktor Martin Schwander.

Von Martin Schwander

Aufgewachsen in einer Seeländer Gemüsebauernfamilie trifft die junge rebellische Ruth Schwab nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland während ihrer Gärtnerlehre in Estavayer auf deutsche Flüchtlingskinder. Diese Jugendlichen erzählen der Bauerntochter nicht nur von den Gräueln der politischen und antisemitischen Verfolgung, sondern auch von ihren Träumen einer besseren, solidarischen Welt, einer Welt ohne Krieg, ohne Unterdrückung, mit gleichen Berufschancen für alle und mit gleichen Rechten für Frau und Mann.

Ruth beginnt diese Träume mit ihnen zu teilen und will zu ihrer Verwirklichung beitragen. 1937 tritt sie heimlich der Sozialistischen Jugend bei, in Zürich, wo sie in einem grossen Gemüseanbau eine Stelle findet. An Versammlungen, wo die 19jährige darauf hofft, die «Bauernfrage» diskutieren zu können, trifft sie auf den Kommunisten Hans Anderfuhren, dem sie ihre Sorge mitteilt: «Ich komme aus Kerzers bei Bern, ich bin eine Bauerntochter, und finde es nicht richtig, dass sich die Genossen nur um die Arbeiter, nicht aber um die kleinen Bauern kümmern.»

Ihre Kontakte in die kommunistische Linke hinein, die ihr auch eine Teilnahme an einem Welttreffen antifaschistischer Jugendlicher in Paris ermöglichen, bleiben dem Arbeitgeber nicht verborgen und zum ersten Mal muss Ruth Schwab am eigenen Leib erleben, wie wenig sich die angebliche Offenheit einer Stadt auf die Gesinnung ihrer Menschen auswirkt: Sie wird entlassen.

Zurück im Bernbiet arbeitet Ruth zunächst in der Trinkerinnen-Heilanstalt von Herzogenbuchsee. Das Anliegen, die Bauern für die proletarische Bewegung zu gewinnen, brennt weiter in ihr und bringt sie mit dem Junglehrer Robert Seiler zusammen,



der im oberaargauischen Kleindietwil ein isoliertes Leben führt und sich als Sohn eines Verdingkindes ebenfalls zum Ziel gesetzt hat, unter den Bauern eine kommunistische Zelle aufzubauen. Gemeinsam nehmen sie Kontakt auf mit der mittlerweile verbotenen Kommunistischen Partei und versuchen sogar, vergeblich allerdings, den Komintern-Funktionär Jules Humbert-Droz für ihr Anliegen zu erwärmen. Was die politische Polizei in ihren damaligen Fichen übrigens minutiös aufzeichnen wird.

Eigene Familie

Verliebt ineinander können es die beiden einrichten, dass Robert aus dem Militärdienst, in den er inzwischen eingezogen war, entlassen wird, um auf dem Hof der Familie Schwab beim «Mehranbau» Hand anzulegen. Das Glück ist jedoch von kurzer Dauer: Ein rivalisierender Knecht findet auf dem Heustock Flugblätter der verbotenen KP und denunziert Ruth bei ihren Eltern. Auch im kleinen Kerzers ist Ruth fortan gebrandmarkt und ihre kleine Schwester klagt, die andern Kinder wollten mit ihr nichts mehr zu tun haben, weil Ruth «anders eingestellt» sei.

Mit Ross und Karren zieht sie mit Robert vom elterlichen Hof, der Abschied

ist endgültig. Mit Hilfe des Spanienkämpfers Sepp Inauen finden die beiden eine Bleibe in der Nähe in Bremgarten bei Bern und Ruth eine Arbeit in der Schokoladenfabrik Tobler. Ihre politischen Aktivitäten lassen nicht nach, im Gegenteil: Einen angesetzten Heiratstermin müssen sie verschieben, weil Ruth aus einem als Zeltlager getarnten politischen Treffen der Sozialistischen Jugend heraus von der Polizei verhaftet und während fünf Tagen eingehenden Verhören unterzogen wird.

Der kurze Zeit später doch noch möglichen Heirat und der Anstellung von Robert als Hilfslehrer folgt dessen Entlassung nach einer Aktion gegen die faschistischen Fröntler. Ruth ist schwanger und sorgt sich um die Zukunft, zumal Robert wieder vom Militär eingezogen wird. Bei ihren Schwiegereltern bringt sie Zwillinge zur Welt, der eine der beiden Knaben stirbt nur wenige Tage nach der Geburt. Robert gelingt es schliesslich, sich wiederum vom Militärdienst zu befreien und für kurze Zeit im Rahmen des Plan Wahlen als Mehrbau-Experte zu arbeiten, bevor er ohne Angabe von Gründen nach nur zwei Monaten wieder auf die Strasse gestellt wird. Anfang März muss sich Robert in der zweiten Welle des sogenannten Kommunistenprozesses wegen Verbreitung kommunistischer Literatur vor dem Bundesstrafgericht verantworten. Mit zwei Monaten bedingt kommt er glimpflich davon, von einer Absprechung der «bürgerlichen Ehrenfähigkeit» wird abgesehen und das Lehrerpapier bleibt ihm erhalten.

Ruth, die ein halbes Jahr zuvor wegen des Zeltlagers ebenfalls einen «Bedingen» aufgebrummt erhalten hat, ist zur Zeit der Verurteilung von Robert hochschwanger und bringt schliesslich ein gesundes Mädchen zur Welt, dem in späteren Jahren zwei weitere Geschwister folgen sollen.

In der PdA

Erneute Verhaftungen, ein Umzug nach Freiburg, das Verstecken von politischen Flüchtlingen aus der französischen Resistance, der Tod von Ruths Mutter und schliesslich die Versöhnung mit ihrer Familie führen das junge Paar durch die weiteren Kriegsjahre. 1945 hilft Robert mit bei der Gründung der Partei der Arbeit und übernimmt im Parteiorgan «Vorwärts» die Redaktion der Bauernbeilage. Die Mitgliedschaft der Beiden in der PdA verläuft jedoch nicht in Minne, vor allem Ruth stört sich an der Kritiklosigkeit gegenüber Stalin und an der Personalpolitik der Führung. Robert, der sich immer mehr von den Lehren Rudolf Steiners angezogen fühlt und das Glück im Kleinen zu suchen beginnt, bricht als erster mit der Partei. Ruth verbleibt vorerst, muss sich aber einige hässliche Bemerkungen darüber anhören, ihr Mann wolle sich künftig wohl eher um Blümlein kümmern als um politische Veränderungen. Einige sagen ihm sogar politischen Opportunismus nach, weil er kurz vor seinem Austritt in Reust im Berner Oberland eine vorläufige Stelle als Lehrer gefunden hat. 1948 wird Ruth der Entscheid abgenommen: man schliesst sie mit der Begründung, die Arbeit in der Frauenkommission vernachlässigt zu haben, aus der PdA aus.

Die Aussicht Roberts, in Reust fest angestellt zu werden, gibt auch Ruth eine Perspektive. Noch arbeitet sie in Bern in einem Samengeschäft während ihre Schwiegereltern die Kinder hüten. Eine feste Anstellung würde es ihr und den Kindern ermöglichen, Robert ins Oberland nachzufolgen. Ruth fragt sich, ob sie es wohl schaffen werden, ein Leben gemeinsam zu führen? Nur gerade als Hausfrau sieht sie sich nicht und sie beginnt, sich ebenfalls intensiv mit der Anthroposophie zu beschäftigen. Bei Marx und Engels haben sie die Analysen der



Emilio Küng ist nicht mehr

Einer, der sein Leben ganz in den Dienst des Friedens und des Kampfes für soziale Gerechtigkeit gestellt hatte, ist Ende September im Locarno verstorben: Emilio Küng, der die Schweizerische Friedensbewegung an mancher internationalen Konferenz mit Energie und Freude vertreten hat. Emilio hatte früh erleben müssen, was es in unserem Land heisst, für Völkerfreundschaft statt Völkerhass einzutreten. Nach fünf Jahren tadelloser Arbeit als Bankkaufmann in der Kreditanstalt von Lugano wurde ihm 1951 fristlos gekündigt, weil er als Vertreter der Tessiner Jugend an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin teilgenommen hatte.

Emilio Küng war Mitbegründer des Tessiner Partito del Lavoro und vertrat die Partei auch lange Jahre im Gemeinderat von Locarno. Er war Mitglied des Sekretariates der Schweizerischen Friedensbewegung und noch 2005 vertrat der die SFB an einem Kongress des Weltfriedensrates in Havanna, wo er viele Freunde besass. Emilio, der auch mit dem Helden des vietnamesischen Befreiungskampfes Nguyen Vo Giap Kontakte pflegte, setzte sich in seinen letzten Lebensjahren in Locarno für den Aufbau der AVIVO ein, der Interessensvertretung der Betagten.

Auf dem Foto: Emilio sammelt anlässlich des Filmfestivals von Locarno 1995 Unterschriften gegen die französischen Atomtests. Foto Massimo Pacciorini

Machtverhältnisse sehr interessiert, aber die Theorie von Rudolf Steiner packt sie in ihrem tiefsten Inneren. «In der Anthroposophie erkenne ich viele Teile, die mir auch beim Sozialismus wichtig waren», notiert sie in jener Zeit. «Doch muss ich nicht mehr Atheistin sein, denn trotz all meiner Skepsis gegenüber der Kirche war ich nie glücklich, mich nur auf das Materielle konzentrieren zu müssen.» Das irdische Individuum bleibt für Ruth jedoch höchste Autorität und sie ist nicht bereit, diese Autorität an ein übergeordnetes Wesen zu delegieren.

Robert wird als Lehrer tatsächlich gewählt und die Familie zieht im Schulhaus von Reust zusammen. Ruth macht sich mit Eifer daran, vermeintliche Lücken in ihrem Wissen auszufüllen und Robert, der ihr in der Entwicklung immer einen Schritt voraus scheint, einzuholen. Sie bleibt im Dorf nicht untätig, setzt sich gegen Antisemitismus zur Wehr und fordert die Bauernfrauen in vielen Gesprächen auf, nicht zu klagen, sondern Massnahmen zu ergreifen, auch wenn diese unbequem sind oder gar den Familienfrieden stören.

Grossfamilie

Zu den eigenen Kindern nimmt Ruth, die inzwischen noch zwei Buben das Leben geschenkt hat, immer wieder Pflegkinder auf. Die Idee, ein Kinderheim zu begründen, erhält mehr und mehr Gestalt. Im Dorf Reust lässt sich ein derartiger Plan nicht umsetzen, zu tief sitzen Vorurteile gegen Kinder, die kein Elternhaus haben oder «Schwierigkeiten machen». Aus Ins schliesslich, nur wenige Kilometer von Ruths Heimatdorf Kerzers entfernt, erreicht das Ehepaar das Angebot, ins «Schlössli» zu ziehen, einem alten Patrizierhaus mitten in der Ortschaft.

Am 29. September 1953, am Namenstag ihres zweitjüngsten Sohnes Michel, ziehen Seilers ins Seeland zurück, ein Lastwagen bringt die Möbel, mehrere Autos die Familie mit ihren vier eigenen Kindern und den sieben Pflegkindern: Ein neuer Lebensabschnitt beginnt.

Karoline Arn erzählt in ihrem Buch «Wenn wir uns gut sind» mit viel Einfühlungsvermögen die frühere und spätere Lebensgeschichte einer engagierten, herzensguten Frau, die sich selbst immer zurückgenommen hat und bei aller Konzentration auf die Entwicklung ihres Mannes Eigenständigkeit und eigene Persönlichkeit bewahren konnte. Das geschickte Abwechseln zwischen Erzählen und Einbauen von Texten aus Briefen und Tagebüchern machen das Buch auch im weiteren Verlauf der Biographie von Ruth Seiler-Schwab leicht lesbar, der vom rasanten Aufbau der Schlössli-Schule berichtet, von den Begegnungen mit dem Kreis um den Reformpädagogen Fritz-Jean Begert, mit dem jungen Seminaristen Zeno Zürcher, mit dem Schriftsteller Sergius Golowin, aber auch von weiterem Leid wie der Kinderlähmung des jüngsten Sohnes und dessen Tod, der eigenwilligen und sprunghaften Persönlichkeit Roberts, von schwierigen Zeiten in der Ehe und von Versöhnung, vom Aufbau schliesslich eines Heimpädagogischen Seminars und der Ausbreitung der Schlössli-Häuser bis nach Frankreich und ins obere Emmental. Als «Müeti» Ruth und «Ätti» Robert 1972 das Schlössli ihrem ältesten Sohn Ueli übergeben, umfasst das Heim 120 Kinder und Jugendliche und siebzig Mitarbeitende.

Karoline Arn hat ein spannendes und nachdenkliches Buch geschrieben über ein spannendes und nachdenklich stimmendes, ein achtungsgebietendes Leben. Es gelingt ihr, was sich Ruth Seiler-Schwab selbst zu Eigen gemacht hat: Zuerst das Gegenüber zu sehen und dann sich selber, dem Menschen zuzuhören und an der eigenen Meinung vorerst nicht interessiert zu sein. Ein authentischer Lebensbericht, nachvollziehbar geschrieben mit viel Empathie, mit Abstand und Nähe.

Karoline Arn, «Wenn wir uns gut sind», Limmat-Verlag, Zürich 2007, Fr. 34.-; «Müetis Kapital», Dok-Film von Karoline Arn und Martina Rieder, Dschoint Ventschr, Zürich 2007, Fr. 29.90

Müetis Kapital

Film von Karoline Arn und Martina Rieder, mit Ruth Seiler-Schwab

Lesung

von Karoline Arn aus ihrer Ruth-Seiler-Biographie «Wenn wir uns gut sind», mit einem persönlichen Beitrag von Michel Seiler.



Freitag, 22. Februar 2008
20.00 Uhr, Kellertheater Langnau

Eintritt frej. Kollekte.
Gewerkschaftsbund Emmental GBE

Ein Blick ins Archiv der WILPF Schweiz

Clara Ragaz und das Zofinger Tagblatt

Am 7. Oktober 2007 jährte sich der 50. Todestag der Mitbegründerin der Schweizerischen und Vizepräsidentin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Clara Ragaz. Toni Mächtlinger hat für die UW im Archiv der Liga gestöbert.

Von Antoinette Mächtlinger

Das Ärgernis

Der schweizerische Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (WILPF), vertreten durch seine Präsidentin, Prof. Clara Ragaz, reichte am 4. Dezember 1933 beim Bezirksgericht Zofingen Klage ein gegen Dr. R. Schwab, Redaktor am «Zofinger Tagblatt». Die Klage bezog sich auf die am 28.Juli veröffentlichte «Einsendung» einer besorgten Patriotin. Zitat:

«Eine grössere Anzahl gemeinnütziger und politischer Frauenvereine wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf zum 1. August an die Schweizerfrauen. So erfreulich es ist, wenn sich diese Frauenverbände – unseres Wissens zum ersten Mal – mit unserem Nationalfeiertag befassen, so befremdend ist der Inhalt dieses Aufrufes, der eine versteckte Propaganda für Frauenstimmrecht und Antimilitarismus ist. Es verwundert dies allerdings nicht, wenn man weiter unten, als Mitunterzeichnerin, die hinlänglich bekannte «Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit» liest. Manche Schweizerfrau wird sich fragen, was diese internationale Liga mit unserer Bundesfeier zu tun hat (...) *Im Übrigen ist ja auch bekannt, dass diese Liga unter bolschewistischem Einfluss steht, also die Aufgabe hat, Klassenhass und Unzufriedenheit zu säen, um der kommunistischen Revolution den Weg frei zu bereiten.* (...)»

Der Anlass

Was hatte im Aufruf «Den Schweizerfrauen zum 1.August 1933», der von zwanzig Frauenorganisationen unterzeichnet war, gestanden?

Zum Beispiel das: «Den Bedrohungen von aussen kann nur ein Volk Widerstand leisten, das trotz aller Verschiedenheit der Sprache, der Konfession und der Rasse das Bewusstsein der nationalen Zusammengehörigkeit besitzt...».

Weiter wurden die Schweizer Frauen aufgerufen, «sich zum Gedanken der Demokratie zu bekennen und allen gegenteiligen Strömungen Widerstand zu leisten, aber auch für Reformen und Erneuerungsbestrebungen einen offenen Sinn zu haben und sie gewissenhaft zu prüfen, sich für den Schutz der Rechte aller Volksgenossen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Freiheit einzusetzen, für die vermehrte Mitarbeit der Frauen und Mütter unseres Volkes im öffentlichen Leben einzutreten, den Frieden unter den Volksgenossen und den Völkern nach Kräften zu fördern.»

Die Klage

Das Rechtsbegehren forderte:

1) «Es sei festzustellen, dass (...) der Klägerin zu Unrecht vorgeworfen wurde, sie stehe unter bolschewistischem Einfluss, habe also die Aufgabe, Klassenhass und Unzufriedenheit zu säen um der kommunistischen Revolution den Weg frei zu bereiten.

2) Der Beklagte sei zu verpflichten, der Klägerin aus Titel Schadenersatz und Genugtuung eine Summe von Fr. 4000.–, ev. einen richterlich zu bestimmenden Betrag zu bezahlen.

3) Die Klägerin sei zu ermächtigen, das Urteil auf Kosten des Beklagten im Zofinger Tagblatt (...) zu publizieren.»

Das Urteil

Das Bezirksgericht wies mit Urteil vom 9. 5. 1934 die Klage der Frauenliga ab. Mit der Begründung, der schweizerische Zweig der Frauenliga sei nicht klageberechtigt, weil sich der Angriff gegen die internationale Frauenliga gerichtet habe. Und die eingeklagte Äusserung stelle keine besonders schwere Anschuldigung dar.

Die Stimmung

Eine Erläuterung aus dem Bericht über die Urteilsbegründung wirft ein Licht auf die politische Stimmung in der Schweiz von 1934:

«Nicht rechtswidrig wäre der jedenfalls nach mehrheitlicher Volksanschauung die gesellschaftliche Achtung der Klägerin und deren soziale Geltung herabsetzende Vorhalt, wenn er, wie der Beklagte behauptet und zu beweisen versucht, auf Wahrheit beruht. In diesem Falle stünde der Klage auch Art.55 BV entgegen, während für unwahre oder nicht erweisliche Behauptungen der Schutz der Pressefreiheit nicht angerufen werden kann. Zum Beweis dafür, dass der Vorhalt nicht zu Unrecht erhoben wurde, legt der Beklagte 4 Publikationen vor, die 1931/32 in der «Nationalen Front» (Organ des schweiz. Vaterländischen Verbandes) und in der «Schweiz. Militärzeitung» erschienen sind, in denen die Klägerin ebenfalls bolschewistischer Beziehungen bezichtigt wurde. Da aber der Richter nicht in der Lage ist, die ausländischen Unterlagen dieser Veröffentlichungen auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, kann darauf nicht abgestellt werden.»

Fortsetzung von Seite 8

Welt. Es ist die Spitze des Eisbergs des weltweiten militärisch-industriellen Komplexes. Da werden Technologien sichtbar, die ebenso in Friedenszeiten wie im Krieg austauschbar verwendet werden können.»

Leichenhäuser mit Frauen und Kindern

In Kambodscha erlebte der Basler die millionenfache Tötung von Menschen durch Pol Pot und seine Roten Khmer in derart «entsetzlichen Dimensionen», dass er, der Pazifist, den Einmarsch der Vietnamesen begrüsste und den Massenmord der Khmer Rouge mit jenem der Juden durch die Nazis verglich. Einen seiner schlimmsten Einsätze erlebte der damalige IKRK-Delegierte Spirgi aber 1973 in Chile, während dem Putsch des von den USA unterstützten Generals Augusto Pinochet gegen den demokratisch gewählten Arzt und Linkspolitiker Salvador Allende. Er kam als erster Rotkreuz-Delegierter an und bekam alles mit. Doch an die internationale Öffentlichkeit, die nur von manipulierten oder falsch informierten Medien ins Bild gesetzt worden seien, durfte der auch fliessend Spanisch sprechende Arzt nicht gelangen.

Da gab es summarische Sofort-Hinrichtungen, willkürliche Verhaftungen mit anschliessender Ermordung von bis zu 60 Slumbewohnern pro Nacht. Da verschwanden Menschen in Konzentrationslagern, wo sie unternährt bei unter 50 Grad Celsius erfroren. Da wurde mit Strom, Thermik und Chemie gefoltert. Da füllten sich Leichenhäuser mit umgebrachten Frauen und Kindern. Und da mussten jede Nacht viele Menschen in den Rio Mapocho waten, um dann von hinten erschossen zu werden. Flussabwärts fischten mutige Frauen und Männer die Schwerverletzten heraus, brachten sie in eine Sakristei, «wo wir versuchten, sie am Leben zu erhalten». Den vom Pinochet-Regime ins berühmte Stadion von Santiago gesperrten, äusserst populären Volkssänger Victor Jara lernte der Rotkreuzarzt nur noch tot kennen. Er musste ihn identifizieren, nachdem ihm Soldaten beim Gitarrespielen im Stadion seine Hände verstümmelt hatten, um ihn schliesslich mit Kugeln zu durchsieben.

«Arztsein ist eine politische Arbeit»

Im Libanon wurde der Jude Spirgi Zeuge «des gnadenlosen Vernichtungskrieges Israels gegen das palästinensische Volk und die libanesische Bevölkerung». Nach den 1976 von der rechten Begin-Sharon-Regierung tolerierten Massakern in Sabra und Shatila durch die Falange hielt es der Arzt nicht mehr aus. «Ich musste Partei ergreifen.» Er verliess das neutrale IKRK und trat als Arzt und Koordinator dem Palästinensischen Roten Halbmond bei, um einen sozialen Gesundheitsdienst aufbauen zu helfen. Politisch setzte er sich für die Palästinenser und einen israelisch-palästinensischen Dialog ein. Seine bis zu seinem Tode geltende Überzeugung: «Es gibt keine Lösung des Nahostproblems, sofern die Kernfrage nicht mit Mut angegangen wird – die Verwirklichung der unveräusserlichen Rechte des palästinensischen Volkes, in seiner Heimat zu leben in Koexistenz mit der israelischen Bevölkerung.»

Rio Spirgi hatte in Basel auch eine Familie, für die der dauernd in gefährlichen Gebieten herum reisende Gatte und Vater mit seinen Kriegserlebnissen nicht selten eine Bürde war. Seine erste Frau Colette, die eine Tochter in die Ehe brachte und ihm zwei Söhne gebar, starb 1986. «Ich hätte all dies ohne die solidarische Beziehung meiner Frau nie machen können!», sagte er mir später einmal mit Wehmut. Seine Erfahrungen verfolg-

ten ihn manchmal so, dass er in Gesprächen mit Freunden kaum mehr auf diese eingehen konnte und sie die Begegnungen mit ihm zuweilen als Monologe empfanden.

Wider den medizinischen Kolonialismus

Seine letzten aktiven Jahre verbrachte der Arzt vor allem in Mittel- und Südamerika. Dort setzte er fortan und später auch mit tatkräftiger Unterstützung von Lebenspartnerin Susanne Vogel seine medizinischen und organisatorischen Kenntnisse für die Befreiungsbewegungen, Landbevölkerungen und Indianer Lateinamerikas ein. Seinem radikal-konsequenten Handeln blieb er treu. «Arztsein ist auch eine politische Arbeit. Wir setzen uns zum Beispiel für die Alphabetisierung und die Rechte der Frauen ein. Der Kampf um die Gesundheit ist der Kampf um die Befreiung», fasste Spirgi zusammen.

Eine besondere Rolle spiele dabei die «Hilfe zur Selbsthilfe» für eine gute Basisgesundheit – ohne «medizinischen Kolonialismus» und ohne die Überflutung armer Länder durch «unnötige und abhängig machenden Techniken und Medikamenten». Zudem versuchte das Paar, die traditionellen Heilmethoden miteinzubeziehen oder wiederzubeleben.

Zum Schluss kümmerten sich er und Susanna Vogel besonders um die Weitergabe ihres Wissens im Bereich der medizinischen Notfallhilfe. Zu viele vermeidbare Todesfälle hatten sie schon erlebt, nur darum, weil die Helfenden falsch Hand anlegten. Zwischen 15 und 20 Prozent der im Krieg oder bei einer Naturkatastrophe Verwundeten stürben so, kritisierte Spirgi, auch Autor eines viel beachteten Handbuchs über Katastrophen-Management: «Diese Menschen hätten mit wenig medizinischem Wissen gerettet werden können.» Es war die Zeit, wo sich Rio Spirgi in Anlehnung an die Befreiungstheologen als «Befreiungsarzt» wirken sah.

«Dann ist Ruhe»

Sein Wunsch, noch einmal seine Geburtsstadt Rio de Janeiro sehen zu können, hat sich für Rio Spirgi nicht erfüllt. Ich wollte einmal von ihm wissen, was das Sterben in ihm auslöse? Der Helfer, der Unzählige in den Tod begleitete und diesem selbst über ein Dutzend Mal ein Schnippchen schlagen konnte, dachte lange nach. Dann meinte er: «Am Anfang bin ich immer mitgestorben. Ich war todunglücklich, wenn jemand starb. Voll gepumpt mit Splittern oder Kugeln kann man nicht friedlich sterben. Da werden das Sterben und die Angst davor zum Terror. Ich bin darum auch für die Euthanasie. Der Schmerz ist schrecklich, wenn man ihn nicht dämpfen kann. Mit der Zeit musste ich aufhören mitzusterben – ich musste mich ans Sterben gewöhnen. Ich habe aber auch viele Menschen gesehen, die friedlich starben. Ja, und was den Tod betrifft, so glaube ich, dass sich der Mensch einmal selbst erlöst. Und zwar hier, nicht im Jenseits: Wenn ich sterbe, dann ist Ruhe, aus, le néant – das Nichts.»

* * *

Der Basler Journalist Ruedi Suter publizierte am 12. März 1994 im «Basler Magazin» ein längeres Porträt über Rio Spirgi, das die Schweizerische Friedensbewegung daraufhin unter dem Titel «Augenzeuge des menschlichen Irrsinns» als Broschüre herausbrachte. Ruedi Suters Nachruf ist zuerst in «OnlineReports.ch» erschienen, der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Festival der Jugend und der Studierenden

60 Jahre Weltfestspiele

Am 22. September 2007 haben sich im Restaurant Cooperativo in Zürich zahlreiche ehemalige Festivalteilnehmerinnen und Festivalteilnehmer aus der Schweiz zusammengefunden, um den 60. Geburtstag der Weltjugendfestspiele des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) zu feiern.

Von Franziska Genitsch

Eingeladen zu diesem Treffen hat die Schweizerische Friedensbewegung zusammen mit ehemaligen Festivalteilnehmenden. Das Interesse, diesen Anlass gemeinsam zu feiern, war gross. Es waren Delegierte fast aller Weltfestspiele anwesend. Mehrere Generationen haben sich gemeinsam erinnert an die unvergesslichen Treffen mit Jugendlichen aus aller Welt, die alle zusammen bestrebt waren, eine Welt in Frieden und Solidarität aufzubauen. Der Saal war fast zu klein für alle Interessierten. Aber gerade dieses enge Zusammensein hat bei den Anwesenden ein spezielles Gefühl des Zusammengehörens aufkommen lassen.

Es geht weiter

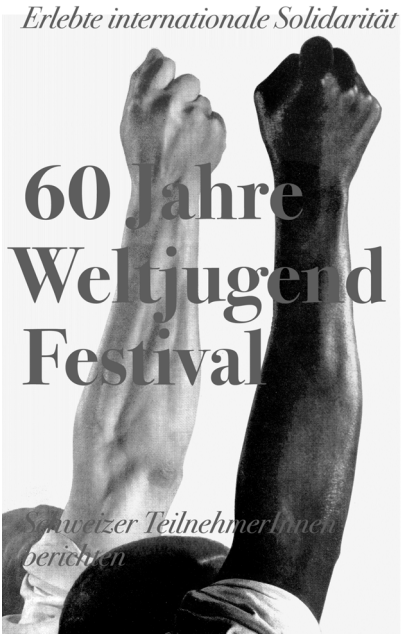
Nach dem Begrüssungsapéro haben wir in chronologischer Reihenfolge Erlebnisberichte von den 16 bisher durchgeführten Festivals gehört. Bei den ersten Weltfestspielen waren die Schrecken des Krieges noch sehr präsent. Die Jugendlichen wollten mit ihrem Zusammensein zeigen, dass so etwas sich nie mehr wiederholen darf. Es herrschte eine Aufbruchstimmung, die Kraft und Mut und Hoffnung gab für eine friedlichere Welt. Später folgten Enttäuschungen, die man auch aus den sehr persönlichen Erinnerungen

herschöpfen konnte. Die jungen Menschen, die anwesend waren, konnten von den älteren hören, was diese für Hoffnungen und Visionen hatten und wie sie sich für deren Verwirklichung eingesetzt haben. Die älteren wiederum konnten spüren, dass es weitergeht, dass immer noch Jugendliche an Weltfestspiele fahren, sich mit jungen Menschen aus aller Welt treffen und weiter bestrebt sind gemeinsam eine Zukunft in Frieden zu erkämpfen.

Wertvolle Dokumentation

Die Berichte waren interessant, vielfältig, informativ, zum Teil lustig, zum Teil nachdenklich stimmend. Zum Glück gibt es nun eine Broschüre «Erlebte internationale Solidarität, 60 Jahre Weltjugend Festival, Schweizer TeilnehmerInnen berichten», die als Vorbereitung auf diesen Abend von Bruno Margadant, Monika Waser und Alexa Lindner erarbeitet worden ist. Die Broschüre mit vielen Bildern und spannenden Erlebnisberichten gibt uns die Möglichkeit diese Erinnerungen immer wieder Revue passieren zu lassen. Wer nicht am Jubiläumsfest teilnehmen konnte, sich aber für die Broschüre interessiert, kann diese bei der Schweizerischen Friedensbewegung bestellen.

2009 wird das nächste Festival stattfinden und wir wollen hoffen, dass noch viele weitere folgen werden.



Geburtstagsbroschüre

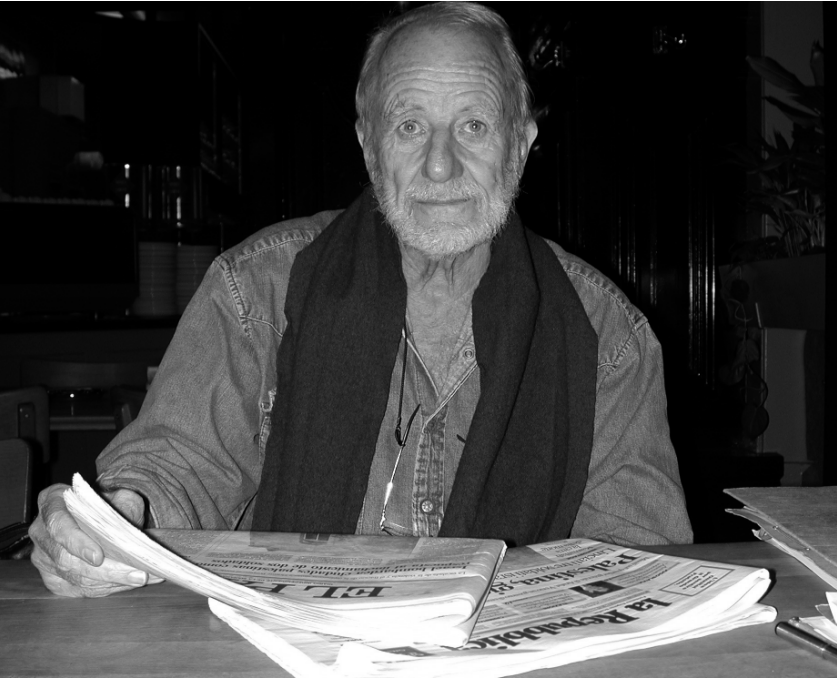
Herausgegeben von der Schweizerischen Friedensbewegung SFB erschien im September eine Broschüre von Bruno Margadant mit Berichten von Schweizer Teilnehmenden. Erhältlich ist sie zum Preis von Fr. 18.– plus Porto bei der SFB, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Immer wieder wird es heissen: «Jugend aller Nationen, uns vereint gleicher Sinn, gleicher Mut!»

An dieser Jubiläumsfeier habe ich gespürt, dass immer wieder Generationen nachkommen, die von neuem die Kraft aufbringen, zu ringen für eine gerechte und friedliche Welt.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 12 . Dezember 2007

Unsere Welt



Rio Spirgi 2001 in der Basler «Kunsthalle». Foto Suter

Zum Tod von Dr. med. Rio Spirgi

Augenzeuge des Wahnsinns

Das entsetzliche Leid, das Kriege auslösen, hat ihn radikalisiert und zu einem lebenslangen Kämpfer gegen Krieg und Unterdrückung gemacht. Nun ist Kriegs-Chirurg Rio Spirgi, der Augenzeuge des menschlichen Wahnsinns, am 24. November 2007 im Alter von 83 Jahren einem Krebsleiden erlegen. Versuch einer Würdigung.

Von Ruedi Suter

Mit dem Hinschied von Rio Spirgi verliert die Schweiz einen ausserordentlich engagierten Mediziner, der in den verschiedensten Kriegs- und Krisengebieten dieser Welt unzählige Male sein Leben riskierte, um dasjenige anderer Menschen zu retten.

Rio Spirgi blieb aufgrund seiner schockierenden Erfahrungen mit Faschismus und Rassismus, mit Neokolonialismus, Unterdrückung und Tod zeitlebens ein Radikaler. Zuviel Ungerechtigkeit hat er als Kind, als Student und vor allem als operierender, organisierender oder ausbildender Arzt hautnah miterlebt: Die Kongo-Wirren, die mörderischen Kriege im Jemen, Vietnam, Biafra, Kambodscha, Jordanien, Pakistan, Indien, Bangladesch und Laos. Oder den Putsch in Chile, den Oktoberkrieg 1973 zwischen Israel und den Arabern, die türkische Invasion auf Zypern, den Bruderkrieg und die israelischen Invasionen im Libanon, die Palästinenserlager, die Befreiungskriege Angolas und Moçambiques, die Anti-Regimekriege in Nicaragua, El Salvador und Guatemala.

«Manchmal habe ich das Gefühl, ich hätte das alles gar nicht erlebt», erklärte mir der Arzt vor 14 Jahren in einem eintägigen Gespräch. Seit 33 Jahren hatte sich der damals 69-jährige zwischen Leben und Tod, zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen, zwischen Resignation und Hoffnung bewegt. Mehrmals verlor er beinahe sein Leben und blieb, mit Ausnahme eines im Libanon abgenommenen Granatsplitters, der nie aus dem Bein entfernt wurde, körperlich unversehrt. Und seelisch? Nach all den erlebten

Gräueln, die in den letzten Jahrzehnten die stets brutaler werdenden Kriege kennzeichnen? Eine direkte Antwort war von ihm keine zu kriegen. Ihm war es schon zuwider, über sich und sein Leben Auskunft geben zu müssen. «Ich will mich auch nicht hervorheben», hatte er gesagt.

Landsleute hegten Argwohn

Er hat es dennoch getan, für die Opfer. Er schrieb zahlreiche Artikel über den Krieg und seine Folgen. Er beschrieb, was wirklich geschah, brachte alles der wohl gebetteten und kriegsverschonten Schweizer Öffentlichkeit zu Kenntnis, die jedoch ihn, den Zeugen des Grauens, oft nur mit Argwohn oder Unglauben begegnete. Klein war das Verständnis für den Mediziner, der direkt vom «Kriegsschauplatz Dritte Welt», auf dem sich die Industriegesellschaften ihre Interessen ohne Skrupel durch Stellvertreter erkämpfen oder verteidigen liessen, unbeirrt über Jahre hinweg Unvorstellbares vorstellbar zu machen versuchte.

Was Unrecht bedeutet, erlebte der am 12. September 1924 in Rio de Janeiro geborene Edwin Herbert «Rio» Spirgi bereits als Dreikäsehoch beim Spaziergang mit der schwarzen Hausköchin Josefine. Der Bub fragte sie, warum denn die entgegenkommenden Schwarzen immer gleich den Gehsteig wechselten. «Weil Du eine weisse Haut hast», habe sie ihm erklärt. Ein Schlüsselerlebnis. «Das habe ich nie vergessen». Dass er sich später auf die Seite der Unterdrückten schlug, hängt wohl auch mit seinem Vater zusammen, einem für Brasilien damals bedeutenden Ingenieur aus der

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis _____ Exemplare
«UNSERE WELT».

Schweiz, der mit einer begnadeten Klavierlehrerin – Rios Mutter – verheiratet war und sich aktiv gegen den Faschismus wehrte.

Ermunterung durch Basler Professor

Sein Medizinstudium schloss Spirgi 1953 in Basel ab, um später in den USA eine Stelle anzutreten. Dort erfuhr er auch körperlich, was Rassismus bedeutete. Als er sich einmal für dunkelhäutige Freunde wehrte, die von Polizisten als «schwarze Schweine» beschimpft wurden, schlugen ihn die Ordnungshüter bewusstlos. In Basel zurück, arbeitete der junge Mediziner zehn Jahre lang am Basler Bürgerspital. Hier begegnete er «meinem zweiten Vater»: Rudolf Nissen, der berühmte Chirurgieprofessor. Die beiden verstanden sich gut. Nissen, der wie Spirgi jüdischer Herkunft war, vor Hitlers Schergen flüchtete, lange in der Türkei Chirurgen ausbildete und sogar dem kurdischen Rebellen-general Mustafa Barzani im Irak als Chirurg half, förderte den jungen Arzt und ermunterte ihn für Hilfsmissionen in Krisengebieten.

Die erste führte 1960 im Auftrag des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) in den Kongo, nach Léopoldville (heute Kinshasa), wo der Katanga-Sezessionskrieg tobte und sich die Grossmächte wie auch heute noch um die Ressourcen stritten. Am Schluss war Spirgi der letzte Arzt im Kintambo-Spital mit seinen 650 Betten, wo nachts Lumumba-Gegner eindringen und den Patienten die Kehlen durchschnitten. «Diese Gewalt war für mich unvorstellbar, sie beschäftigte mich sehr.» Trotz aller Gewalt erlebte der junge Schweizer die Afrikaner als «sehr menschlich».

Abgeschlachtete Freunde

Im Jemen, wo republikanische Truppen mit Hilfe der Ägypter und ihren Giftgasattacken die jemenitischen Truppen des Imam aufzureiben versuchten und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) sein Material auf Kamelrücken transportieren und den Kämpfern zunächst einmal die Grundsätze der Genfer Abkommen erklären musste, wurde es 1963 dem in der Wüste und in Höhlen bei Petroleumlicht operierenden Spirgi ein für allemal klar: Er wollte dort helfen, wo nur die wenigsten helfen wollten: In Kriegen und Katastrophen. Purer Idealismus? Flucht? Oder einfach Abenteuerlust? Spirgi antwortete mir: «L'aventure! Natürlich spüren wir alle eine gewisse Abenteuerlust oder Risikofreudigkeit. Aber im Dienste einer notwendigen Sache. Nicht wie einer, der in die Fremdenlegion geht, der hat andere Motive.»

Dann kam Biafra. Nach dem Massaker an Tausenden von Ibos in Nigeria riefen diese in der ölreichen Ostprovinz Biafra die Unabhängigkeit aus. Im folgenden und von den Grossmächten geschürten Bürgerkrieg koordinierte Spirgi 1967 in dem vom Völkermord geschwächten Biafra zehn IKRK-Spitäler. Eines wurde während seiner Abwesenheit von nigerianischen Truppen überfallen. Sie brachten die Patienten und vier seiner Kollegen um. Hätte sie Spirgi noch rechtzeitig abziehen können?

«Es ist entsetzlich, einen Freund abgeschlachtet am Boden liegen zu sehen. Mich plagten jahrelang schwere Gewissensbisse. Ich hätte sie evakuieren sollen. Damals dachte ich: Ich höre auf, ich kann nicht mehr!»

Zu Brei gebombte Menschen

Doch für wen sollte er sich einsetzen? Eine Existenz in der von einem «riesigen Defätismus» gelähmten Schweiz mit ihren «Beton-Homelands» und ihren vielen selbstgerechten, «vom Konsum narkotisierten» und sich «im fiktiven Glück des Habens» badenden Landsleuten war dem mehrsprachigen Weltenbürger in jeder Beziehung zu eng. Für ihn spielte sich das Leben «draussen» ab, dort, wo es tagtäglich gegen den Tod verteidigt werden musste. Spirgi, zusammen mit Bernhard Kouchner, dem heutigen Aussenminister Frankreichs Mitbegründer der medizinischen Hilfsorganisation «Ärzte ohne Grenzen» (MSF), operierte weiter für die grossen internationalen Hilfswerke in der «Zweidrittelwelt», wie er die Dritte Welt zu nennen pflegte.

Ende der sechziger Jahre arbeitete er in Vietnam, Provinz Kontum, wo das Rotkreuz mit Jeeps Reis und Medikamente in die Not leidenden Dörfer der Bergstämme bringt: «Wir erlebten mit Entsetzen, wie ganze Dörfer der so genannten 'Montagnards' vor unseren Augen über Nacht durch die Flächenbombardements der B-52 ausradiert wurden. Übrig blieb eine Mondlandschaft mit braunen, übel riechenden, feuchten Massen in den Bombenkratern. Die Leichen der Menschen und der Wasserbüffel waren atomisiert.» Für den kriegserfahrenen Chirurgen führten die Amerikaner den «totalen Technokrieg». «Würde ich alles Erlebte erzählen», warnte er mich bei unserem Gespräch 1993, «müssten sich die Leute übergeben. Es war grauenvoll».

Grausame Zusammenhänge

Dann strich er sich mit der sehnigen Hand, die auch geschickt ein Klavier zum Spielen bringen konnte, über den weissen Bart. Vor seinen Augen schien ein übler Film abzulaufen. Peinigende Erinnerungen an jene Erlebnisse, die ihn auch in der Schweiz zu einem wütenden Gegner der US-Strategen machten. Weil diese gegen die leidgeprüften Vietnamesen «einen Vernichtungskrieg» führten und ihr Land in ein «Experimentierfeld für neue Taktiken und Waffen verwandelten». Dank seiner US-Kritik legte die eidgenössische Bundespolizei («Fischenskandal») ein dickes Dossier über den «linksextremen» Medikus an.

Übrigens nicht zuletzt auch darum, weil dieser die Dioxin-Katastrophe von Seveso vom 19. Juli 1976 direkt mit dem Menschen verkrüppelnden «Entlaubungskrieg» durch das Dioxin enthaltende Herbizid «Agent Orange» der US Air Force in Verbindung brachte. Spirgi damals: «Es wird hier ein grausamer Zusammenhang sichtbar zwischen dem «chemischen Krieg» in Vietnam und den Chemie-katastrophen in der industrialisierten

Fortsetzung Seite 7

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Rio und die SFB

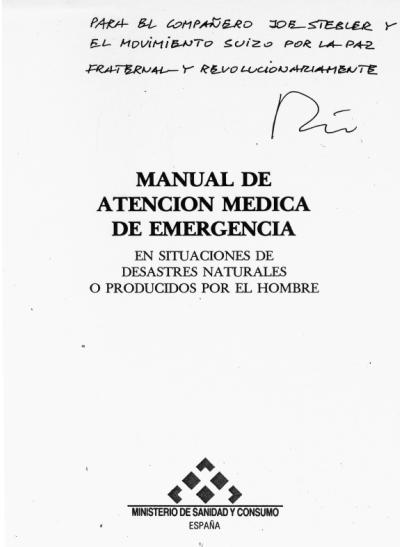
Danke Rio!

«Rio Spirgi und der Mitbegründer der Schweizerischen Friedensbewegung SFB, Joe Stebler, waren einander freundschaftlich eng verbunden. Diese Freundschaft bleibt unvergessen», sagt Louise Stebler, selbst Frau der ersten Stunde im Kampf für den Frieden und Witwe von Joe. «Basis ihrer Freundschaft waren ihre ähnlichen Charaktere, die beide geprägt waren von tiefer Menschlichkeit.»

Louise Stebler erinnert an die beeindruckenden Ostermärsche, die ihr verstorbener Mann mitorganisierte, an den Stockholmer Appell, der allein aus der Schweiz über eine Million Unterschriften vereinte, an die weltweite Solidaritätsarbeit von Joe und der SFB. «Da lag der Kontakt und die Zusammenarbeit mit Rio nahe. Rio arbeitete als Arzt in fast allen Ländern, in denen Krieg war. Er trat aus dem Roten Kreuz aus, weil er nicht schweigen konnte und wollte ob all der Schreckensbilder.»

Manual für Kriegsmedizin

Zusammenarbeit mit der SFB ergab sich beispielsweise im Bezug auf Vietnam oder Kampuchea, wobei die Friedensbewegung vor allem für die Verbreitung von Rios Erlebnisberichten und Appellen sorgte, aber auch in ganz praktischen Dingen, wie Louise weiss: «Nach seinem Aufenthalt in Lateinamerika, insbesondere in Nicaragua und El Salvador hatte Rio die Idee, ein medizinisches Manual zu veröffentlichen, um die Menschen in Kriegs- und Katastrophengebieten zu befähigen, Verletzungen zu behandeln und Leben zu retten. Die SFB hat mitgeholfen, das Handbuch zu veröffentlichen und dessen Erfolg war enorm.» Rio habe mit all seinen Erfahrungen der SFB auch viele Tipps für die Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort geben können. «Für Rio war es falsch, Länder mit Fertigprodukten zu überschwemmen. Überall gibt es handwerklich begabte Menschen. Was sie benötigen, ist Material, um herzustellen, was sie dann auch wirklich gebrauchen können.»



Titelblatt des Manuals für medizinische Nothilfe von Rio Spirgi, mit dessen handschriftlicher Widmung: «Für Compañero Joe Stebler und die Schweizerische Friedensbewegung. Brüderlich und revolutionär, Rio».